

Wohlgemuth, Michael

Working Paper

Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt

Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 06/1

Provided in Cooperation with:

Institute for Economic Research, University of Freiburg

Suggested Citation: Wohlgemuth, Michael (2006) : Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, No. 06/1, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abteilung für Wirtschaftspolitik, Freiburg i. Br.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/4361>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



**Demokratie und Marktwirtschaft
als Bedingungen für sozialen Fortschritt**

Michael Wohlgemuth
06/1

Freiburger
Diskussionspapiere
zur Ordnungsökonomik

Freiburg
Discussion Papers
on Constitutional Economics



**Demokratie und Marktwirtschaft
als Bedingungen für sozialen Fortschritt**

Michael Wohlgemuth
06/1

**Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik
Freiburg Discussionpapers on Constitutional Economics**

06/1

ISSN 1437-1510

Walter Eucken Institut, Goethestr. 10, D-79100 Freiburg i. Br.
Tel.Nr.: +49 +761 / 79097 0; Fax.Nr.: +49 +761 / 79097 97
<http://www.walter-eucken-institut.de>

Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung; Abteilung für Wirtschaftspolitik;
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, D-79085 Freiburg i. Br.
Tel.Nr.: +49 +761 / 203 2317; Fax.Nr.: +49 +761 / 203 2322
<http://www.vwl.uni-freiburg.de/fakultaet/wipo/>

Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt

Michael Wohlgemuth

[erscheint in: Ronald Clapham und Gerhard Schwarz (Hrsg.): *Technologischer Fortschritt und Marktwirtschaft*, Zürich 2006: NZZ-Verlag]

1. Einführung: Fortschritt und freiwillige Wahl von Innovationen im Wettbewerb
2. Wettbewerbsprozesse evolutorisch betrachtet
 - 2.1 Austausch- und Parallelprozesse
 - 2.2 Wettbewerb und Unternehmertum
 - 2.3 Variation, Selektion, Fortschritt
 - 2.4 Der Sinn der Wettbewerbsfreiheit
3. Politischer Wettbewerb
 - 3.1 Austausch- und Parallelprozesse
 - 3.2 Politische Austauschprozesse ohne marktanaloge Tauschbeziehungen
 - 3.3 Politische Parallelprozesse ohne parallele Konkurrenz
 - 3.4 Politische und ökonomische Lernprozesse
 - 3.5 Zutrittsbarrieren für „vorstoßende“ politische Wettbewerber
 - 3.6 Ist Innovation immer auch Fortschritt?
4. Politischer Wettbewerb als Entdeckungsverfahren
 - 4.1 Politische Meinungsbildung als offener Lernprozeß
 - 4.2 Zur Bedeutung von Minderheitenmeinungen und –handlungen
 - 4.3 Politischer (Meinungs-) Wettbewerb als Entdeckungsverfahren
 - 4.4 Ökonomischer und politischer Wettbewerb in Kombination: Systemwettbewerb
 - 4.5 Ökonomische Institutionenwahl im Austauschprozeß
 - 4.6 Politische Institutionenwahl im Parallelprozeß
 - 4.7 Systemwettbewerb als Entdeckungsverfahren
5. Schluß

1. Einführung:

Fortschritt und freiwillige Wahl von Innovationen im Wettbewerb

Naturgemäß bestehen verschiedene Vorstellungen von Fortschritt in unterschiedlichen Epochen, Kulturen und Disziplinen. Andere Beiträge zu diesem Band legen die Unterschiede und Ähnlichkeiten ausführlicher dar. Hier soll es um unterschiedliche und ähnliche Fähigkeiten ökonomischer und politischer Institutionen gehen, Fortschritt zu generieren. Zu diesem Zweck scheint ein pragmatischer Fortschrittsbegriff angebracht, der sowohl auf politische als auch ökonomische Lösungen sozialer Probleme angewandt werden kann.

Dem methodologischen und normativen Individualismus¹ verbunden, möchte ich zunächst historizistische, metaphysische oder objektivistische, jeweils aus einer elitären Beobachterperspektive gewonnene Qualifizierungen von „Fortschritt“ meiden. Das heißt, daß letztlich nur die Meinungen der Individuen darüber, welche neuen Problemlösungen den bisherigen vorzuziehen sind, das individualistische Kriterium von „Fortschrittlichkeit“ abgeben. Es geht also zunächst um die Generierung und sodann um die Selektion von Neuerungen als potentiell einem status quo überlegenen Lösungen für soziale Probleme. Es geht um Innovationen, die sich in einem Wettbewerb mit alten und alternativen Problemlösungshypothesen bewähren müssen – wobei als Bewährungsprobe die durch dauerhaft aufrechterhaltene Wahlakte der Nutzer von Innovationen sanktionierte Akzeptanz des Neuen gelten soll.

Dies mag eine typisch ökonomische Sichtweise von Fortschritt sein; sie läßt sich aber in dieser allgemeinen Form auch auf politische Neuerungen übertragen. In beiden sozialen Zusammenhängen kann die Generierung neuer Problemlösungsalternativen als notwendige Bedingung und die freiwillige Wahl in einem Prozeß der Selektion aus konkurrierender Vielfalt als Beurteilungskriterium für Fortschritt gelten.² Unter den politischen und ökonomischen Systemen scheint jeweils eine generelle Ausprägung dieser evolutorischen Idee von Variation und Selektion, von Innovation, Wettbewerb und Wahl am besten zu entsprechen: Demokratie und Marktwirtschaft. Es ist sicher kein Zufall, daß beide, zumindest im Westen und zumindest heute, als nahezu unabdingbare Grundvoraussetzungen „fortschrittlicher“ Gesellschaften betrachtet werden.

Es wäre freilich allzu billig, Demokratie und Marktwirtschaft als immanent und beinahe schon definitionsgemäß „fortschrittlich“ zu bezeichnen. Man muß auch zeigen können, weshalb und unter welchen spezifischen Bedingungen beide sozialen Ordnungsformen komparativ günstigere Voraussetzungen für Fortschritt im hier skizzierten, klassisch-liberalen, Sinne schaffen. Hierum soll es im folgenden gehen.

Dabei soll zunächst (in Teil 2) eine allgemeine, evolutorische Wettbewerbstheorie präsentiert werden, die in der Lage ist, den Prozeß der Hervorbringung und Selektion von Neuerungen systematisch zu analysieren. Diese Theorie soll weiters erlauben (in Teil 3), wichtige Parallelen, aber auch systembedingte Unterschiede zwischen ökonomischen und politischen Wettbewerbsprozessen erkennbar werden zu lassen. Auch wenn Arenen kollektiven Handelns hinsichtlich der Generierung, wettbewerblichen Auswahl und selbstverantwortlichen Erprobung

¹ Vgl. hierzu generell: Vanberg (1975).

² Somit wird Fortschritt hier, durchaus im Sinne von Hayek (1960/83, Kap. III) eher evolutorisch betrachtet und im Rahmen spontaner Ordnungen verortet als konstruktivistisch an eine bewußt auf *vordefinierte* Fortschrittszwecke hin geplante Organisation verwiesen. Die Ansicht etwa der Positivisten um Auguste Comte, wonach rational und fortschrittlich nur sein kann, was auch bewußt auf Fortschrittsziele hin hierarchisch organisiert wurde, wird hier nicht geteilt – weder für ökonomische noch für politische Systeme, auch wenn Erstere dem Idealtyp spontaner Ordnungen eher entsprechen als Letztere.

neuer, „fortschrittlicher“ Sozialtechnologien weniger Aussichten bieten werden als ökonomische Wettbewerbsprozesse, ist hieraus nicht schlicht auf „Politikversagen“ zu schließen. Der relevante Vergleich sollte auch im Politischen sein, wie es um die Fortschrittlichkeit einer Gesellschaft stünde, wenn Wettbewerb zwischen Problemlösungshypothesen künstlich reduziert würde. Vor diesem Hintergrund läßt sich auch aus ökonomischer Sicht ein Plädoyer für Demokratie, Föderalismus und Regierungswettbewerb als Bedingungen sozialen Fortschritts ableiten (Teil 4).

2. Wettbewerbsprozesse evolutiv betrachtet

Mit herkömmlichen Mitteln der neoklassischen Preistheorie läßt sich kein überzeugender Zusammenhang zwischen Wettbewerb und Innovation oder Fortschritt herstellen. Sie beschreibt (etwa als „vollkommenen Wettbewerb“) einen Zustand, in dem gegebene Güter mit gegebenen Technologien hergestellt werden, wodurch gegebene Produktionsfaktoren effizient eingesetzt werden, um gegebene Präferenzen der Nachfrager zu befriedigen. Und all dies geschieht bei gegebenem, vollständigem Wissen aller Akteure. Wo aber alles gegeben und bekannt ist, kann es keinen Fortschritt geben, wie auch immer man ihn definieren mag.

Ein gänzlich anderes Bild zeichnet die „österreichische“ oder evolutivische Wettbewerbstheorie etwa im Anschluß an Hayek oder Schumpeter. Erst hier erscheint Wettbewerb als ein Verfahren zur Schaffung, Entdeckung und Durchsetzung neuartiger Problemlösungen, „die ohne sein Bestehen entweder unbekannt blieben oder zumindest nicht genutzt werden könnten“ (Hayek 1968/69: 249). Welche Probleme sich stellen, welche Umstände herrschen, welche Problemlösungen deshalb möglich sind und welche akzeptiert werden, ist nicht vorab gegeben und bekannt; vielmehr handelt es sich um genau diejenigen Variablen, die im Wettbewerb erst immer wieder aufs neue entdeckt werden müssen. Jeweils handelt es sich um „Hypothesen“, die auf falliblem Wissen beruhen, dessen komparative Richtigkeit sich im Wettbewerbsprozeß erst noch herausstellen und bewähren muß. Hier treffen sich Darwin, Popper und Hayek in einer Sicht von Fortschritt als vorläufiges Ergebnis einer Bewährung fallibler Problemlösungsversuche in einem Wettbewerb basierend auf Variation und Selektion.

Dabei werden im Wettbewerb nicht nur Informationen über neue Umstände und potentiell fortschrittliche Neuerungen entdeckt und verbreitet, sondern auch Fehleinschätzungen und Irrtümer aufgedeckt und reduziert. Während die übliche neoklassische Preistheorie Neuerungen, Überraschungen und Irrtümer auszuschließen gezwungen ist, geraten exakt diese Phänomene in einer evolutivischen Analyse von Marktprozessen in den Mittelpunkt der Analyse. Diese Marktprozesse können gedanklich in Austausch- und Parallelprozesse unterteilt werden, aus deren Zusammenwirken immer wieder auf Neue soziale Wissenserschließung und Wissensbewertung und damit problemrelevanter Erkenntnisfortschritt generiert werden (vgl. hierzu Hoppmann 1967: 88ff).

2.1 Austausch- und Parallelprozesse

Wettbewerb zwischen Anbietern entsteht durch Wahlhandlungen der Nachfrager. Zwischen Angebot und Nachfrage vollzieht sich der Austauschprozeß. Die Intensität des Wettbewerbs steigt mit der Freiheit der Nachfrager, aus Alternativen wählen zu können sowie ihrer Neigung und Findigkeit, diese Freiheit zu nutzen, d.h. unter Aufwand von Transaktionskosten Alternativen aufzuspüren, zu bewerten und zu nutzen. Dabei bietet im ökonomischen Wettbewerb das Preissystem eine unersetzliche Hilfestellung: Dadurch, daß veränderte Umstände auf

der Angebotsseite (z.B. neue Qualitäten, Ressourcenverfügbarkeiten oder Technologien) ebenso wie neue Umstände auf der Nachfrageseite (z.B. neue Präferenzen, Zahlungsfähigkeiten) laufend und detailliert in veränderte Preissignale umgesetzt werden, erleichtert das Preissystem ständig die Koordinierung individueller Pläne angesichts laufender Veränderungen.

Und weil Preise nicht nur als Informationen über Veränderungen, sondern auch als Signale für neue Gewinn- und Verlustaussichten rivalisierender Angebote wirken, norden sie auch künftige Investitionen immer wieder auf das Neue, den potentiellen „Fortschritt“. Deshalb vollzieht sich in einem „Parallelprozeß“ unter konkurrierenden Anbietern potentiellen Fortschritts permanent ein Wettlauf um die Gunst der Marktgegenseite. Dieser Wettlauf ist mehrdimensional: er kann sich in attraktiveren Preisen, Konditionen, Werbung für „herkömmliche“ Produkte, oder auch der Schaffung neuer Güter, Dienstleistungen, Technologien oder Organisationsformen äußern. Gewinne und Verluste, vorübergehende Marktmacht und endgültiges Scheitern sind deshalb auch nicht, wie in der homogenitätssüchtigen Wohlfahrtsökonomik, Abweichungen von einem Ideal „vollkommenen Wettbewerbs“, sondern vielmehr notwendige Bedingungen ökonomischen Fortschritts, der sich als Vorstoßen, Nachziehen und Überholen in einem unternehmerischen Parallelprozeß vollzieht.

2.2 Wettbewerb und Unternehmertum

Wettbewerb als Entdeckungsverfahren dient nicht nur der Entdeckung und Nutzung von bestehendem, lokal verstreutem, individuellem Wissen über vorübergehende lokale Gegebenheiten, Präferenzen und Fähigkeiten der beteiligten Akteure. Seine Anreiz- und Sanktionswirkungen bewirken auch die permanente Schaffung von neuem Wissen über potentiellen Fortschritt aus Sicht seiner Nutzer auf der Angebots- und Nachfrageseite. Beiden Aspekten, der „Entdeckung“ von Gegebenem, und der „Schaffung“ von Neuem, entsprechen zwei Theorien des Unternehmertums und sozialen Fortschritts:

Zum einen sind dies die von Israel Kirzner (z.B. 1973) beschriebenen findigen „Entdecker“ ungenutzter Gewinnchancen, die sich aus ungleichgewichtigen Preisrelationen auf Faktor- und Gütermärkten ergeben. Dadurch, daß sie bisher ungenutzte Arbitragemöglichkeiten aufspüren und für sich nutzen, befördern Kirznerns Unternehmer eine „Tendenz“ zu einem unter idealistischen Wissensannahmen denkbaren Koordinationsgleichgewicht. Auch dies läßt sich als „Fortschritt“ bezeichnen, weil es unter gegebenen Umständen zu „korrekteren“ Knappheitspreisen führt und zu einer besseren Anpassung der Marktteilnehmer an die „Gegebenheiten“.

Daß ein derart hypothetisches Marktgleichgewicht aber ebenso systemimmanent immer wieder aus den Angeln gehoben wird, dafür sorgen Schumpeters Unternehmer (Schumpeter 1911/93; 1942/50). Sie sind nicht notwendig die Erfinder, wohl aber die Umsetzer des Neuen, der neuen Kombinationen, die in Folge „kreativer Zerstörung“ des Gegebenen vorübergehende Monopolgewinne erzielen können und eine Tendenz weg vom überkommenen Gleichgewicht bewirken. Beide Unternehmertypen haben ihre fortschrittliche Funktion in einem evolutorischen Marktprozeß: Schumpeters Unternehmer schaffen neue Potentiale und entwerten alte Routinen. Kirznerns Unternehmer helfen, auch neu „gegebene“, aber bisher unerkannte, Potentiale einer verbesserten Koordination von Plänen zu entdecken und zu nutzen. Ohne Arbitrage, das laufende Aufspüren und Überbrücken der im Austauschprozeß immer wieder neu entstehenden Koordinationslücken, könnte Wettbewerb und das Preissystem seine koordinierende Informations- und Lenkungsfunktion nicht gut wahrnehmen. Ohne Innovation, das laufende Hervorbringen von Neuerungen im Parallelprozeß, würden Wettbewerbs-

prozesse und mit ihnen die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt im statischen Gleichgewichtszustand verkümmern.

2.3 Variation, Selektion, Fortschritt

Innovation und Arbitrage, vor- und nachstoßende Wettbewerbsprozesse, lassen sich somit als evolutorische Phänomene beschreiben, die durch das Zusammenwirken von Variation, Selektion und Restabilisierung gekennzeichnet sind (Röpke 1977: 64ff). Während die wettbewerbliche Selektion in neoklassischen Modellen berücksichtigt wird, bleibt Variation, die Hervorbringung von Neuerungen, diesen Modellen naturgemäß fremd. Selbst Vielfalt – die Koexistenz unterschiedlicher Verhaltensformen – läßt sich oft kaum mit der Modellogik neoklassischer Wettbewerbsmodelle vereinbaren. Für evolutorische Entdeckungsverfahren dagegen sind Vielfalt und Variation zentrale Grundvoraussetzungen, wie etwa Loasby (1976: 191) betont: „It is not as a means of achieving the uniformity of behaviour of the perfectly competitive models that competition is valuable. The virtue of competition lies not in constraining all similar agents to the same action, but in encouraging them to behave differently“

Nur unter diesen Umständen erweist sich Wettbewerb auch als sozialer Lernprozeß oder „device for conducting and evaluating experiments in economic behavior and organization“ (Nelson/Winter 1982: 277). In der Erzeugung und Erhaltung von Vielfalt bzw. Komplexität unabhängiger und eigenverantwortlicher „Experimente“ oder „Hypothesen“ zeigt sich aus evolutorischer Sicht gerade der Vorteil offener Marktprozesse und spontaner Ordnungen im Hinblick auf die Aktualisierung individueller Fähigkeiten, die Anpassung an unvorhersehbare Umweltänderungen, die Generierung von Erfahrungswissen und die Vermeidung „konzertierter“ Irrtümer.

2.4 Der Sinn der Wettbewerbsfreiheit

Aus dem Konzept des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren folgt konsequent, daß Effizienzurteile in Form von Aussagen über eine optimale Nutzung gegebener Ressourcen bei gegebenem Wissen über Produktions- und Tauschmöglichkeiten zur Beurteilung von Wettbewerbsprozessen ungeeignet sind, da sie all das als bekannt voraussetzen müssen, was im Wettbewerb erst immer wieder aufs Neue entdeckt werden muß.³ Die Leistungsfähigkeit des Wettbewerbs kann deshalb auch nicht durch Gegenüberstellung mit idealen Gleichgewichtszuständen „vollkommener“ Konkurrenz festgestellt werden. Vielmehr ist auf die Offenheit des Marktprozesses abzustellen und darauf, ob die Voraussetzungen für soziale Entdeckungs-, Erneuerungs- und Lernprozesse gegeben sind. Der wesentliche Teil dieser Voraussetzungen wiederum ist institutioneller Art und wird vom wettbewerbpolitischen Leitbild der „Wettbewerbsfreiheit“ (Hoppmann 1967) erfaßt.

Die gesellschaftlich „fortschrittliche“ Nutzbarmachung individueller Fähigkeiten und subjektiven verstreuten Wissens erfordert, daß die Marktteilnehmer frei sein müssen, diese Talente und Kenntnisse für eigene Ziele in eigener Verantwortung gebrauchen zu können und daß ein offener Wettbewerbsprozeß existiert, der dieses Wissen in Form relativer Preis- und Gewinnverschiebungen kommuniziert. Deshalb geraten freiheitssichernde Institutionen in den Vordergrund positiver wie normativer Aussagen. Die Marktprozeßtheorie betrachtet die wettbewerbliche Handlungsordnung als das ungeplante (und unplanbare) Ergebnis der Befolgung

³ Vgl. Hayek (1967/69: 170): "Denn um festzustellen, ob der Wettbewerb in der Wirklichkeit zu einer solchen Nutzung von Kenntnissen führt, die ohne ihn nicht genutzt würden, müßte zumindest der ... Wissenschaftler dieses Wissen schon besitzen, und dann brauchten wir den Wettbewerb nicht mehr, um es zu nutzen".

abstrakter Regeln, die nicht auf spezifische Ergebnisse zielen, sondern individuelle Freiheit schützen. Dies betonen auch Buchanan/Vanberg (1991: 181): „The market economy, *as an aggregation*, neither maximizes nor minimizes anything. It simply allows participants to pursue that which they value, subject to the preferences and endowments of others, and within the constraints of general ‘rules of the game’ ... There simply is no ‘external’, independently defined objective against which the results of market processes can be evaluated“.

Deshalb gibt es auch kein kollektives oder „gesellschaftliches“ Fortschrittsziel, das sich etwa als „Zweck“ des Wettbewerbs oder einer in Marktprozesse intervenierenden Innovations- oder Industriepolitik einer spontanen Ordnung vorschreiben ließe. Andernfalls würden Wettbewerber zu "Funktionsträgern", die "überpersönliche ökonomische Zwecke" zu erfüllen hätten (Hoppmann 1967: 82). Dies widerspräche der klassisch-liberalen Sichtweise der Wirtschaft als einer spontanen Ordnung, die als Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht politischen Entwurfs wesentlich auf der Freiheit des Individuums beruht, innerhalb allgemeiner Regeln seine Fähigkeiten und Mittel für seine eigenen, frei gewählten Ziele einzusetzen.

3. Politischer Wettbewerb

Rückblickend zeugt es von einer gewissen Ironie der Ideengeschichte, daß mit Schumpeter ausgerechnet ein „Österreicher“ und Kritiker der statischen Gleichgewichtstheorie zum Pionier der Public Choice Theorie und damit eines Forschungsprogramms gezählt wird, das vor allem aus der Übertragung eben dieser Gleichgewichtslogik besteht (vgl. Wohlgemuth 2005a). Seine Definition der Demokratie gilt jedoch, isoliert betrachtet, zu Recht als Ausgangspunkt ökonomischer Wettbewerbstheorien der Politik: „die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben“ (Schumpeter 1942/50: 428). Diese Definition soll verschiedenen analytischen Zwecken dienen. Zunächst soll Demokratie von anderen Staatsformen anhand eines leicht verifizierbaren „*modus procedendi*“ anstelle idealistischer Normen wie „Wohl“ oder „Wille“ des Volkes unterschieden werden. Vor allem aber „läßt die in dieser Definition verkörperte Theorie allen wünschbaren Raum für eine angemessene Anerkennung der lebenswichtigen Tatsache der Führung“ (ebd.: 429).

Für die Vorstellung, daß Politiker als Unternehmer auftreten, die versuchen, Wählerpräferenzen zu ändern und mit neuen politischen Problemlösungen zu überzeugen, ist im neoklassischen Politikmodell aber ebenso wenig Raum wie für den Unternehmer in der neoklassischen Preistheorie. In den vorherrschenden Medianwählermodellen dominiert das Bild von Politikern als rein passiven Erfüllungsgehilfen der Wähler. Gegebene Parteien sehen sich gegebenen Wählerpräferenzen auf gegebenen Themenfeldern (meist als eindimensionaler „issue space“ modelliert) gegenüber. Alles, was im politischen Wettbewerb eigentlich erst geschaffen und entdeckt werden muß, ist gegeben – und auch hier: bei gegebenem und vollständigem Wissen aller Akteure. Somit hat auch politischer Wettbewerb im neoklassischen Modell keine Beziehung zu Innovation und irgendeiner Vorstellung von Fortschritt.

Doch auch in der Demokratie sind Schumpeter-Unternehmer aktiv. Politisches Unternehmertum hat freilich für Schumpeter (1942/50: 442) „wenn überhaupt eine, dann nur eine sehr lockere Beziehung zur ‘Wacht darüber, daß der Wille des Volkes ... ausgeführt wird’. Gerade in den besten Fällen werden dem Volk Resultate vorgelegt, an die es niemals gedacht und die es nicht im voraus gebilligt hätte“. Solche „besten Fälle“ sind im Gleichgewichtsmo-

dell ökonomischer Theorie der Politik nicht vorgesehen; sie dürften jedoch für institutionellen Wandel und potentiellen Fortschritt in der Politik konstitutiv sein.

3.1 Austausch- und Parallelprozesse

Strukturell kann auch politischer Wettbewerb gedanklich in zwei rückgekoppelte Teilprozesse zerlegt werden, die jeweils vom Wissenserwerb der Akteure und damit dem Aufwand von Informationskosten angetrieben werden (Wohlgemuth 2003). Derart können Kommunikationsströme und Machtverhältnisse zwischen Politikern und Wahlbürgern (Austauschprozesse) von Konkurrenzbeziehungen und Wettbewerbshandlungen zwischen Politikern (Parallelprozesse) unterschieden werden. Wie der ökonomische, so wirkt zudem auch der politische Austauschprozeß über (Stimmen-) Verlust/Gewinn-Rückkopplungen wettbewerbsstiftend und wirkt somit auf die Leistungserstellung im Parallelprozeß ein.

Materiell unterscheiden sich die beiden Teilprozesse und die Funktionsweise der Rückkopplungsmechanismen freilich grundlegend. Politischer Wettbewerb in der Demokratie nimmt sehr eigentümliche Formen an, da es im „Austauschprozeß“ zwischen Politikern und Bürgern zu keinem Tausch individueller Handlungsrechte kommt und im „Parallelprozeß“ nicht parallel konkurriert wird, wie ich gleich zeigen werde. Deshalb sind die nicht analogiefähigen Elemente politischen Wettbewerbs freilich nicht in jedem Fall als „Politikversagen“ zu betrachten, sondern als vielfach notwendige und gelegentlich sogar sinnvolle Begleiterscheinungen politischen Handelns im Sinne der „geregelten Ausübung von Zwang“ (Weber 1921/72: 385) bei der Hervorbringung bindender Kollektiventscheidungen.

3.2 Politische Austauschprozesse ohne marktanaloge Tauschbeziehungen

Die klarsten Unterschiede zum ökonomischen Austauschprozeß zeigen sich auf der Nachfrageseite: Aus Sicht der Wähler fehlt ein dem Tausch analoger Zusammenhang zwischen individueller Nachfrage und Konsum politischer Leistungen. Der Austausch zwischen Wählern und Politikern bietet keine Analogie zu Transaktionen, in denen persönliche Präferenzen sowohl offenbart werden, indem eine beidseitige Bereitschaft zu konkreten Gegenleistungen verbindlich erklärt wird, als auch realisiert werden, indem es zum Tausch von Handlungsrechten kommt. Politischer Wettbewerb kann darum auch nicht von der Wettbewerbsfreiheit der Akteure angetrieben werden, eigenverantwortlich Gegenstände und Partner von Transaktionen substituieren zu können.

Als Konsument bekommt man nur die Güter, die man selbst nachgefragt hat und für die man mithin freiwillig zu zahlen bereit ist. Als Wahlbürger hingegen bekommt man ein komplettes Bündel politischer Güter und Leistungen – gleichgültig, ob man sie gewählt hat, nutzen oder bezahlen möchte. Als Folge dieses notwendigen „Zwangskonsums“ kollektiver Güter sind für Nachfrager im politischen Austauschprozeß die Anreize gering, aus eigenem Interesse Informationen über die Existenz und Qualität konkurrierender politischer Angebote (Programme, Kandidaten), politischer Produkte (Maßnahmen, Gesetze) oder politischer Produktions- und Absatzbedingungen (Spielregeln, Anreize, Einflüsse von Interessengruppen) zu suchen, zu sammeln und zu interpretieren. Geringe Anreize zur nachfrageseitigen Wissenserschließung verhindern, daß Qualitätsunterschiede politischer Angebote und Leistungen erkannt und interpretiert werden, um so in wohlüberlegte und informierte Wahlentscheidungen einfließen zu können.

Der Umstand, daß Wahlen kaum deutliche Rückschlüsse auf Art und Struktur wohlüberlegter Wählerpräferenzen zulassen, ist zudem auf die beschränkten Artikulationsfähigkeiten des

Stimmrechts als verdünntes Handlungsrecht zurückzuführen. Allgemeine (Parlaments-) Wahlen sind weder gedacht noch geeignet, *laufend* die Einschätzungen der Bürger bezüglich *einzelner* Güter und Leistungen in Form informativer Signale (relative Preisstrukturen) sowie anreiz- und kontrollwirksamer Effekte (Gewinne und Verluste) anzuzeigen.⁴ Damit fehlt dem politischen Wettbewerb ein Signal- und Kontrollsystem, das es ermöglichen würde, die Opportunitätskosten politischen Handelns so anzuzeigen, daß den politischen Produzenten deutlich würde, wie ihre Leistungen im Verhältnis zu einem gemeinsamen Wertmaßstab seitens der Nutzer bewertet werden. Wegen der Trennung von individueller Wahlentscheidung und politischen Konsumpflichten sowie zwischen politischem Konsum und individueller Zahlungsbereitschaft gibt es kein Mittel für die Bürger im politischen Austauschprozeß, konkurrierende Verwendungen politischer Güter zu vergleichen und sich an veränderte Umwelten eigenständig anzupassen.

3.3 Politische Parallelprozesse ohne parallele Konkurrenz

Zu den oben skizzierten ökonomischen Parallelprozessen bietet politischer Wettbewerb zwischen Parteien und Kandidaten immerhin teilweise Vergleichbares: In beiden Fällen handelt es sich um die institutionell geregelte friedliche Rivalität von Anbietern um knappe Erfolgsprämien: Unternehmen konkurrieren um die Gunst der Nachfrager und ihrer Kaufkraft; Parteien konkurrieren um die Gunst der Wähler und ihrer Stimmen. Ähnlich wie im Güterwettbewerb Vermögensverluste aufgrund von Nachfrageverschiebungen als Signale und Anreize unternehmerische Reaktionen auf der Anbieterseite bewirken, stiften im Prinzip auch (drohende) Stimmenverluste aufgrund von Wählerwanderungen Rivalität unter politischen Parteien und bieten somit Signale und Anreize für politisches Unternehmertum.

Doch unterscheidet sich der politische Parallelprozeß im Hinblick auf die Verfügbarkeit vieler Wettbewerbsparameter fundamental von ökonomischer Konkurrenz (vgl. Wohlgemuth 2000). Politischer Wettbewerb ist nicht die parallele Konkurrenz gleichzeitig Leistungen produzierender Anbieter, sondern die Konkurrenz unverbindliche Leistungsversprechen anbietender Bewerber um das monopolisierte Recht der Bereitstellung politischer Güter. Demokratie führt im *Vorfeld* staatlicher Gewaltausübung Wettbewerb („competition for the field“) ein, um die Träger politischer Herrschaftsrechte angreifbar und damit kontrollierbar zu machen. *Auf* dem Feld politischer Herrschaftsausübung („within the field“) wirken staatsorganisatorische „checks and balances“, die aber nichts am Gewaltmonopol des Staates ändern, welches verhindert, daß in *einer* Jurisdiktion rivalisierende politische *Leistungen* unter Rückgriff auf staatliche Zwangsmittel „produziert“ und „absetzt“ werden können. Die Beschränkung politischer Wettbewerbsprozesse auf die Konkurrenz im *Vorfeld* bedeutet die bewußte Beschränkung verfügbarer Aktionsparameter für vorstoßenden und nachstoßenden Wettbewerb im politischen Parallelprozeß.

Hieraus folgt aber auch, daß neue politische „Produkte“ (gesellschaftsbezogene Rechtsregeln und Maßnahmen) oder „Produktionsmethoden“ (staats- und organisationsrechtliche Änderungen) keinen marktanalogen Bewährungstests unterworfen werden. Für die Entdeckungs- und Kontrollpotentiale politischen Wettbewerbs *innerhalb* einer Jurisdiktion ergeben sich hieraus zwei wesentliche Einschränkungen: (1) Auf der Ebene politischer Leistungen sind nur konsequente Lern- und Entdeckungsprozesse möglich, aber kein paralleles, gleichzeitiges Experimentieren und Selektieren, das Wettbewerbsmärkte kennzeichnet. (2) Politische Zutrittsbarrieren hemmen einen „vorstoßenden Wettbewerb“ durch Zutritt innovativer politischer Unternehmer. Schließlich folgt aber noch fundamentaler (3): Für politische Neuerungen dürfte

⁴ Verfahren direkter Demokratie weisen dagegen zumindest zu *diesen* Eigenschaften preisgesteuerter Austauschprozesse deutlich stärkere Entsprechungen auf (vgl. Adamovich/Wohlgemuth 1999).

weitaus weniger als für ökonomische Innovationen eine generelle Fortschrittsvermutung gelten. Diese drei Besonderheiten politischer Parallelprozesse werden nun näher diskutiert.

3.4 Politische und ökonomische Lernprozesse

Das staatliche Gewaltmonopol bringt es mit sich, daß neue politische Problemlösungsversuche nicht im parallelen, zeitgleichen, Vergleich, sondern nur konsekutiv auf ihre komparativen Leistungsfähigkeiten getestet werden können.⁵ Deshalb fehlt es (innerhalb einer Jurisdiktion⁶) bei der Bereitstellung politischer Güter sowohl an Vergleichsmöglichkeiten mit gleichzeitig getesteten Problemlösungsversuchen als auch an Reaktionsmöglichkeiten in Form der Substitution gleichzeitig erprobter Alternativen. Damit unterscheiden sich die Potentiale politischer Lernprozesse wesentlich von denen evolutorischer Marktprozesse. Als evolutorischer Grundzusammenhang gilt: „Only when a great many different ways of doing things can be tried will there exist such a variety of individual experiences, knowledge and skills, that a continuous selection of the most successful will lead to steady improvement“ (Hayek 1978: 149).

Für Fortschritts-fördernde Entdeckungsprozesse spielen somit die laufende Erzeugung und parallele Erprobung von Problemlösungsversuchen eine entscheidende Rolle. Je mehr konkurrierende Problemlösungen als Variationen in einen selektiven Lernprozeß eingebracht werden und je mehr Alternativen deshalb simultan erprobt werden, desto größer sind die Chancen, daß Problemlösungen entdeckt werden, die sich für ihre Nutzer als vorteilhaft erweisen. Variable Vielfalt gerät damit zum „zentralen Input für den Prozeß der Wissensakkumulation“ (Kerber 1997: 47). Dagegen kann auf der Ebene der im politischen Parallelprozeß produzierten Güter in Form von „bewußt auferlegten Regeln, die nur diskontinuierlich und für alle gleichzeitig geändert werden können“ (Hayek 1960/83: 79) nicht, wie auf offenen Märkten, laufend eine Vielzahl unterschiedlicher Alternativen parallel erprobt und individuell substituiert werden.

Schon allein dadurch sind die Chancen der Entdeckung und Korrektur politischer Fehlleistungen prinzipiell geringer als die ökonomischer Fehlleistungen. Im Rahmen der evolutorischen Auffassung vom „Wettbewerbs als Hypothesentest“ (Kerber 1997) kann dies gut gezeigt werden. Hier gilt generell, daß Akteure (z.B. in wissenschaftlichen, ökonomischen oder politischen Systemzusammenhängen) aufgrund falliblen, hypothetischen Wissens über die Außenwelt (z.B. über physikalische Theoreme, Marktbedingungen oder Wählerpräferenzen) handeln. Wettbewerb schafft Bedingungen, unter denen diese Hypothesen in einem Lernprozeß von Versuch und Irrtum generiert und selektiert werden können. Die Qualität dieses Prozesses hängt jedoch auch davon ab, unter welchen Bedingungen Versuche erprobt und Irrtümer festgestellt werden können. Treffen Hypothesen nicht auf einem ähnlich „echten“ Experimentierfeld aufeinander, sind die Selektionsprozesse weniger informativ und die „Fortschrittsvermutung“ weniger belastbar.

Im ökonomischen Parallelprozeß werden innovatorische Entdeckungsverfahren institutionell dadurch gestützt, daß allen Akteuren die Wahl der Zwecke und Mittel durch abstrakte, offene Regeln freigestellt wird. Dies erlaubt die Nutzung dezentralen Erfahrungswissens und die Erprobung unterschiedlicher, auch völlig neuer Handlungen. Dagegen sind öffentlich-rechtlich verpflichtete Verwaltungen sehr viel stärker an die Verfolgung vorgeschriebener Zwecke unter Nutzung einheitlicher und ebenfalls vorgegebener Mittel rechtlich gebunden.

⁵ Zur Unterscheidung paralleler und konsekutiver Lernprozesse: Vanberg (1992: 114ff).

⁶ In gewissen Grenzen erlaubt grenzüberschreitender institutioneller Wettbewerb den Vergleich parallel konkurrierender Institutionensets; hierzu folgen am Ende des Beitrags noch einige Anmerkungen.

Dies ist zwar für die Verfolgung öffentlicher Zwecke und die rechtsstaatliche Kontrolle hoheitlichen Handelns oft unabdingbar. Organisationsregeln dieser Art unterdrücken aber gleichzeitig auch die Nutzung dezentralen lokalen Wissens, die eigenverantwortliche Erprobung von Neuerungen und die flexible Reaktion auf erkannte Leistungsdefizite.

Neben zeitlichen Einschränkungen der Aktualisierung politischer Substitutionsprozesse (Legislaturperioden), ist politischer Wettbewerb somit in mehrfacher Hinsicht auch durch *sachliche* Einschränkungen von Substituierbarkeiten gekennzeichnet. Diese betreffen zunächst den Umstand, daß Wählern nur die Mitwirkung an der potentiellen Substitution von Verwaltern des politischen Leistungsmonopols bleibt. Politische Problemlösungen können somit in ihrer Leistungsfähigkeit aus Sicht der „Nutzer“ (Bürger) innerhalb eines Hoheitsgebietes und mit Mitteln repräsentativer Demokratie immer nur als komplexe Gesamtpakete bewertet werden. Zudem sind auch politische „Produzenten“ mit faktischen Unteilbarkeiten konfrontiert. Bei der Produktion politischer Güter sind sachliche Interdependenzen (rechtliche Konsistenzerfordernisse) und historische Pfadabhängigkeiten (kumulative Gewöhnungs- und Netzwerkeffekte) zu beachten, die als Barrieren für Änderungen wirken können.⁷ Dieses Problem stellt sich für Reformen in etablierten Regierungen ebenso wie für neu gewählte Akteure, die sich „vorstoßendem“ politischem Wettbewerb verschrieben haben. Weitere Hemmnisse der Dynamik politischer Parallelprozesse tauchen im Zusammenhang mit Zutrittsbarrieren zum politischen Wettbewerb auf.

3.5 Zutrittsbarrieren für „vorstoßende“ politische Wettbewerber

Aus evolutorischer Sicht sind die Entdeckungs- und Kontrollqualitäten wettbewerblicher Parallelprozesse weniger von einer gegebenen Anzahl der Anbieter als von der Ein- und Austrittsdynamik abhängig. Dies dürfte im Prinzip ähnlich für politischen Wettbewerb gelten. Die schlichte Anzahl politischer Anbieter (z.B: im Parlament vertretener Parteien) ist allein wenig bedeutsam. Wichtiger dürften die Möglichkeiten und Anreize der Opposition sein, laufend neue Problemlösungsalternativen in den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß einzubringen und die politischen Produzenten auf der Regierungsseite mit der Drohung der Abwahl zu konfrontieren. Nun ist aber der Zutritt innovativer „newcomer“ im politischen Parallelprozeß empfindlich blockiert. Vor allem müssen „vorstoßende“ politische Unternehmer, die eine neue Politik nicht nur fordern oder ankündigen, sondern auch durchsetzen wollen, schon „Marktführer“ sein, d.h. über einen dominierenden „Marktanteil“ in Form der Mehrheit an Parlamentssitzen verfügen.

Offene Wettbewerbsmärkte für private Güter bieten ein grundlegend anderes Bild: hier können mehrere Firmen, darunter auch gänzlich neue Firmen, zur gleichen Zeit den vorstoßenden Wettbewerb vorantreiben. Dies ist schon mit kleineren Marktanteilen für die Unternehmer mit persönlichem Erfolg und für die Nachfrager mit einer Erhöhung ihrer Wahlfreiheit verbunden. Dagegen erinnert das Problem des „Marktzutritts“ innovativer *politischer* Unternehmer bzw. Unternehmen im Prinzip an das Problem der Einbindung neuer Güter und Technologien in Zentralverwaltungswirtschaften. Hier hat, wie Hayek (1940/76: 252) feststellte, ein Innovator keine Möglichkeit, auf eigene Initiative die Überlegenheit seiner neuen Idee am Markt zu erproben und zu demonstrieren. Er muß zuerst das zentrale Planungsbüro davon überzeugen, daß seine Neuerung (nach welchen Kriterien auch immer) vorteilhaft ist und die Mühsal einer Revision des zentralen Plangefüges rechtfertigt. Ähnlich können in der Demokratie Neuerun-

⁷ Vgl. hierzu Forsthoff (1971: 99) „Das Netz der Interdependenzen ist so engmaschig, daß jede Veränderung, sei es in der Form eines neuen Gesetzes oder einer Gesetzesänderung, eine Kettenreaktion auslösen kann, die derjenigen vergleichbar ist, die durch den gesamten Fahrplan hindurchgeht, wenn eine Hauptverbindung geändert wird“.

gen erst durchgesetzt und erprobt werden, nachdem die Mehrheit des Parlaments überzeugt wurde, daß sie vorteilhaft sind und eine Revision des Rechtssystems oder der politischen Planung rechtfertigen.

Solche Marktzutrittsschranken können aber bei Produktion *politischer* Güter, insbesondere erwartungsstabilisierender Rechtsgüter, durchaus funktional sein. So ist ein gewisser Schutz der Regierungsmehrheit und Regierungsfähigkeit mit Hilfe von Zutrittsbarrieren notwendig, um Rechtssicherheit und Erwartungsstabilität zu schaffen. Private Investoren und potentielle Partner in langfristigen Verträgen haben ein Bedürfnis nach sicheren politischen „Daten“; politische Stabilität verbessert die Bedingungen für langfristige Investitionen. Auch Investitionen *politischer Produzenten* in Politiken mit erhoffter günstiger Langfristwirkung verlangen nach gewissen politischen Marktzutrittsschranken (s.a. Wohlgemuth 1999). So können mehrjährige Legislaturperioden oder Mehrheitswahlsysteme helfen, den Zeithorizont bzw. die Machtbasis einer in erst langfristig wirkende Reformen investierenden Regierung zu vergrößern. Dies könnte seitens der Reformer Erwartungen stützen, daß sie anfängliche Reformwiderstände und Proteste politisch überstehen und noch vor den nächsten Wahlen von Verbesserungen der Lage der Allgemeinheit profitieren können. Die angesprochenen politischen Marktzutrittsbarrieren bieten jedoch nur *Gelegenheiten* langfristig orientierter politischer Investitionen. Ob diese genutzt werden, ist keinesfalls garantiert. Zudem werden andere Gelegenheiten politischen Wandels mit der Erhöhung von Zutritts- und Änderungsbarrieren reduziert, wie etwa die Chancen für ein zügiges und konsequentes Abbrechen erfolgloser Reformversuche, für das Abwählen unfähiger Regierungen, für die Berücksichtigung veränderter Wählerpräferenzen und für das Erproben neuer Problemlösungsversuche.

Generell trifft man bei der Analyse politischer Parallelprozesse immer wieder auf ähnliche Ausprägungen eines fundamentalen politischen „trade-off“ zwischen (a) institutionellen Umgebungen, die eine berechenbare, konsistente und langfristig orientierte Politik begünstigen, dabei aber die Wettbewerbsfreiheit der Wähler und Politiker einschränken und (b) politischen Spielregeln, die laufende politische Neuerungen bzw. Anpassungen an neue Wählerpräferenzen und Problemlagen in höherem Ausmaß erlauben würden, dabei aber die Berechenbarkeit und Konsistenz der Politik gefährden können. Im ökonomischen Wettbewerbsprozeß lassen dagegen offene und abstrakte Spielregeln, die laufende Neuerungen ermöglichen, kaum Probleme eines „trade-off“ mit den Bedingungen erkennen, die Erwartungsstabilität garantieren sollen. Ein Abwägungsproblem zwischen Immobilität und Instabilität, wie es oben als typisch für politische Parallelprozesse dargestellt wurde, stellt sich hier kaum. Vielmehr schafft die Verlässlichkeit und Konstanz wettbewerbsfreundlicher per-se Regeln ein Ausmaß an Stabilität, das mit der ständigen spontanen Generierung von Neuerungen in durchaus komplementärem Verhältnis steht.

3.6 Ist Innovation immer auch Fortschritt?

In ökonomischen Theorien aller couleur sind Innovation, technologischer Fortschritt und Wachstum untrennbar verbunden.⁸ Die laufende Entwicklung und Durchsetzung neuer Produkte und Verfahren im Parallelprozeß wird als notwendiges Element prosperierender Wirt-

⁸ Die Verbindungen sind freilich recht unterschiedlich. In älteren neoklassischen Wachstumstheorien wird technischer Fortschritt als empirische Restgröße (von entscheidender Größe) behandelt. In der „neuen“ Wachstumstheorie wird versucht, technischen Fortschritt zu endogenisieren, indem etwa Investitionen in Humankapital im allgemeinen Gleichgewichtsmodell modelliert werden. Auch in evolutorischen Wachstumstheorien spielt technischer Fortschritt die entscheidende Rolle, und auch hier ist er abhängig von Investitionen in Sach- und Humankapital. Anders als in neoklassischen Modellen spielen hier jedoch die wettbewerbliehen Bedingungen der Schaffung von Varietät und der Selektion die entscheidende Rolle (z.B. Nelson 1996).

schaften betrachtet. Trotz Vermögensverlusten überflügelter Konkurrenten gelten innovationsgetriebene Wachstumsprozesse grundsätzlich als „Positivsummenspiele“. Spiegelbildlich gilt der Versuch, schöpferische Innovationen wegen ihrer zerstörerischen Wettbewerbswirkungen (Strukturwandel) zu verhindern oder hinauszuzögern, als „Negativsummenspiel“, dessen Kosten für die Allgemeinheit (einschließlich künftiger Generationen) überwiegen. In evolutorischer Perspektive schließlich gewinnt Innovation als Erhaltung oder Erhöhung der erforderlichen Vielfalt bzw. Eigenkomplexität von Systemen Bedeutung für Entwicklungsprozesse, deren soziale Problemlösungskapazität auf dem Zusammenspiel von Variation und Selektion beruhen. Die Hervorbringung von Heterogenität und Varietät stellt (anders als im Modell „vollkommenen Wettbewerbs“ implizit unterstellt) keine Störung dar, sondern die zentrale Voraussetzung sozialen Fortschritts.

Ein ähnlich klarer Zusammenhang zwischen neuen Regierungen, Gesetzen, Maßnahmen, und positiven gesellschaftlichen Werten wie Fortschritt, Entwicklung oder Erhöhung der Problemlösungskapazität kann dagegen nicht generell vermutet werden. Der Grund hierfür liegt in elementaren Unterschieden politischer und ökonomischer Austauschbeziehungen. Auf ökonomischen Wettbewerbsmärkten schafft Neuerungsaktivität zunächst zusätzliche Varietät; sie erhöht die Auswahlmöglichkeit von Alternativen. Es werden neue Problemlösungshypothesen angeboten, die genutzt oder imitiert werden *können* - nicht aber müssen: Dies kennzeichnet auch das Konzept kultureller Evolution als „process in which individuals, by their very choices of adopting or not adopting, of imitating or not imitating, particular practices constantly select among the various alternatives that are tried out - by themselves or others - those which to them, at any given time and measured against whatever purposes and interests they pursue, appear to be the most advantageous ones“ (Vanberg 1992: 110).

Im politischen Parallelprozeß hingegen sind Neuerungsaktivitäten typischerweise streng substitutiv: die neue Rechtsregel, die neue Regierung, die neue Politik tritt dadurch in Kraft, daß sie die alte ersetzt. Ob diese Neuerung aus Sicht der Nutzer eine Verbesserung oder Verschlechterung ihrer Möglichkeiten darstellt, kann sich nur sehr grob durch Erprobung und Selektion in einem wettbewerblichen „trial-and-error“ Prozeß erweisen. Da auch neue politische Güter weiter Zwangskonsum und Zwangsfinanzierung unterliegen, verbessern neue Politiken die Wahlfreiheit der Bürger im politischen Austauschprozeß nicht grundlegend.⁹ Da politische Güter starke Unteilbarkeiten und oft deutliche Umverteilungsabsichten bzw. -wirkungen aufweisen, schafft die hoheitliche Durchsetzung politischer Neuerungen (Reformen) immer Gewinner und Verlierer; ein Positivsummenspiel ist nicht garantiert. Es dürfte für die Politik deshalb in besonderer Weise das überlieferte Aperçu von Arnold Gehlen gelten, der Fortschritt als „Übergang von Situationen, deren Nachteile man schon kennt, zu Situationen, deren Nachteile man noch nicht kennt“ definierte.

Schließlich zeigen sich auch im Hinblick auf die Nachteile, bzw. die Risiken fehlgeschlagener Neuerungen Unterschiede zwischen ökonomischen und politischen Parallelprozessen. Auf privaten Märkten ist das Risiko des Fehlschlags einer Innovation und die Haftung für Unzulänglichkeiten neuer Kombinationen weitgehend auf die vorstoßenden Unternehmer bzw. Unternehmen begrenzt; im politischen Neuerungsprozeß hingegen trägt das Risiko nicht exklusiv der politische Unternehmer als Verursacher, sondern die Allgemeinheit der Nutzer. Eine generelle Fortschrittsvermutung „innovativer“ Politik ist deshalb unbegründet.

⁹ Anders verhält es sich, wenn Reformen auf dezentraler Ebene getestet werden *können*. Etwa durch Experimentierklauseln könnten den Gebietskörperschaften, Universitäten etc., die reformfreudig sind, Chancen eingeräumt werden, neue Ideen eigenständig zu erproben – und Folgen des Scheiterns begrenzt werden.

Dies sagt aber noch nichts über die Leistungsfähigkeit der Demokratie als *politisches* Verfahren der Generierung politischer Neuerungen und potentieller Verbesserungen aus Sicht der Bürger aus. Es gilt das Motto: „The presence of such matters involves no condemnation of democracy, but a consideration of its mode of operation“ (Lowell 1913: 54). Die Vorteile der Demokratie als Verfahren zur Entdeckung und Nutzung neuer politischer Problemlösungshypothesen sollen nun abschließend gewürdigt werden.

4. Politischer Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Nach den bisherigen Ausführungen kann nicht von einer Äquivalenz oder Austauschbarkeit ökonomischen und politischen Wettbewerbs im Hinblick auf die Schaffung, Entdeckung, Nutzung und Verbreitung neuen Wissens die Rede sein. Dennoch kann politischer Wettbewerb im Rahmen demokratischer Spielregeln als *politisches* Verfahren mit besonderer Leistungsfähigkeit gewürdigt werden, wenn zwei zentrale Einsichten von Hayek berücksichtigt werden: (1) „die Verbesserungen gegenüber den Bedingungen, die ohne Wettbewerb bestünden, sollten den Prüfstein bilden“ (Hayek 1946/76: 132) und (2) "daß der Wettbewerb um so wichtiger ist, je komplizierter oder 'unvollkommener' die objektiven Bedingungen sind, unter denen er wirksam sein soll" (ebd.: 137).

In diesem Sinne kann auch Demokratie als regelgeleitetes Verfahren zur Bildung, Entdeckung und Nutzung ansonsten unentdeckter Meinungen und Problemlösungsversuche gewürdigt werden. Wichtig ist auch hier der „Zuwachs neuen Wissens und das Ablegen alter Irrtümer und Fehler ... [und nicht] die Aggregation und Abstimmung bei gegebenem Wissen“ (Bauermann 1993: 355). So betont auch Hayek (1960/83: 133): „Die Demokratie ist vor allem ein Prozeß der Meinungsbildung ... Der Wert der Demokratie zeigt sich in ihren dynamischen, nicht ihren statischen Aspekten ... Das Ideal der Demokratie beruht auf dem Glauben, daß die Ansichten, die die Regierung lenken, das Ergebnis eines selbständigen und spontanen Prozesses sind. Sie verlangt deshalb das Bestehen eines großen, nicht von den Ansichten der Mehrheit beherrschten Bereichs, in dem sich die Anschauungen der Einzelnen bilden können“. Die dynamischen und damit auch potentiell Fortschritts-fördernden Aspekte demokratischer Meinungsbildung und Alternativengenerierung lassen sich als Lern- und Entdeckungsprozesse kennzeichnen, wobei es nicht auf die Herrschaft, sondern auf die Angreifbarkeit der Mehrheitsmeinung ankommt.

4.1 Politische Meinungsbildung als offener Lernprozeß

Unter politischen Meinungen sei die Kombination von Vorlieben bzw. Interessen (Präferenzen im engeren Sinne) und Vorstellungen bzw. Erwartungen (Theorien im weiteren Sinne) gegenüber politischen Gegenständen verstanden (s. Vanberg/Buchanan 1989). Politische Meinungen der Bürger (insbesondere zu konkreten Sachthemen) und mehr noch die handlungsleitenden Meinungen von Politikern sind theoriehaltig, damit fallibel und interaktiven Lernprozessen zugänglich.

Demokratie und politischer Meinungswettbewerb dienen als Verfahren, um politische Hypothesen möglichst frei generieren und offen kritisieren zu können. Auch wenn keine „idealen“ Diskurssituationen erreicht werden können (vgl. Wohlgemuth 2005b), kann erwartet werden, daß Demokratie eher als alternative *politische* Systeme durch die für interaktive Lernprozesse entscheidende Kombination von Kreativität und Kritik gekennzeichnet ist. Damit gewinnt auch der Wettbewerb politischer Meinungen, wie Wettbewerb als Entdeckungsverfahren generell, erst dadurch an Berechtigung, daß niemand vorab wissen kann, welche Meinungen und

Alternativen jeweils bestehen, und welche Politik unter welchen Umständen als „richtig“ oder auch nur „akzeptabel“ eingeschätzt wird. Somit gilt analog zu Hayeks provokanter Verteidigung der Wettbewerbsfreiheit auch hier: Wenn alle politischen Meinungen und Problemlösungsalternativen tatsächlich vorab als „Daten“ bekannt wären, so wäre politischer Parteien- und Meinungswettbewerb ebenso „gewiß eine höchst verschwenderische Methode zur Herbeiführung einer Anpassung an diese Daten“ (Hayek 1968/69: 249). Wissensmangel und damit Irrtumsfähigkeit aller Akteure bilden aus dieser evolutiv-liberalen Perspektive nicht ein Problem, sondern die zentrale Rechtfertigung für Demokratie und Meinungsfreiheit.¹⁰ Dies resümiert Hayek (1978: 148) wie folgt:

„The central belief from which all liberal postulates may be said to spring is that more successful solutions of the problems of society are to be expected if we do not rely on the application of anyone's given knowledge, but encourage the interpersonal process of the exchange of opinion from which better knowledge can be expected to emerge. ... Freedom for individual opinion was demanded precisely because every individual was regarded as fallible, and the discovery of the best knowledge was expected only from that continuous testing of all beliefs which free discussion allowed“.

4.2 Zur Bedeutung von Minderheitsmeinungen und -handlungen

Anders als von der statischen Allokationstheorie wird von einer evolutivischen Wettbewerbstheorie Heterogenität und Variabilität von Präferenzen und Produkten nicht als Unvollkommenheit oder Störung angesehen, sondern als Voraussetzung von Entwicklungsprozessen. Analoges gilt für politischen Wettbewerb. So geht es aus kritisch-rationaler und evolutivischer Sicht bei der Analyse und Beurteilung der Demokratie gerade nicht, wie etwa in einer utilitaristischen Wohlfahrtstheorie, darum, ob Kollektive wie *ein* Individuum stets konsistent zweckrational handeln können. Entscheidend ist genau nicht die konsistente „Herrschaft“ der Mehrheitsmeinung, sondern deren Angreifbarkeit durch Minderheitenmeinungen. Bereits Buchanan (1954) kontierte konkret gegen Arrow (1951), daß eine Präferenzaggregation hin zu einer eindeutig und dauerhaft herrschenden Mehrheitsmeinung Gefahren der eindeutigen und dauerhaften Ausbeutung von Minderheiten birgt. Das demokratische Mehrheitsprinzip wirke aber gerade dann machtkontrollierend und wissensgenerierend, wenn das Arrowsche Problem zyklischer Mehrheiten auftrete: „It serves to insure that competing alternatives may be experimentally and provisionally adopted, and replaced by new compromise alternatives approved by a majority group of ever changing composition. This is democratic choice process, whatever may be the consequences for welfare economics and social welfare functions“ (Buchanan 1954: 119).

Aus evolutivischer Sicht geht es somit nicht um Mehrheiten, deren Wille in der Demokratie möglichst exakt, dauerhaft und umfassend verwirklicht werden sollte. Es geht vielmehr um Minderheiten, die möglichst gute Chancen haben sollten, die Mehrheitsmeinung zu ändern, aber auch unbehelligt von der Mehrheit eigene Problemlösungen zu testen. Für Hayek (1960/83: 134) beruht das Argument für die Demokratie gerade darauf, „daß eine Minderheitenansicht die Ansicht der Mehrheit werden kann“. Der Umstand, daß neue Ansichten und neue Problemlösungshypothesen zuerst nahezu notwendig die einer Minderheit sind, zeigt, wie wichtig es ist, daß Minderheiten den Schutz genießen und die Zutrittschancen zum politischen Wettbewerb erhalten, den nur demokratische Rechtsstaaten kennen. Dies bedeutet mehr als rein intellektuelle Gedanken- oder Meinungsfreiheit; es bedeutet auch weitgehende Autonomie und Handlungsfreiheit, die es erlaubt, eigenverantwortlich neue Praktiken zu erproben.

¹⁰ Vgl. auch Loasby (1976: 192): „The argument for competition rests on the belief that people are likely to be wrong. The argument for political competition rests on the same belief“.

In der Handlungsfreiheit von Minderheiten entscheidet sich für Hayek (ebd.) nicht weniger als die Fortschrittbarkeit der Zivilisation¹¹:

„Die Vorstellung, daß die Bestrebungen aller von der Meinung der Mehrheit gelenkt werden sollen, oder daß die Gesellschaft desto besser ist, je mehr sie den Anschauungen der Mehrheit entspricht, ist tatsächlich eine Verkehrung des Prinzips, auf dem die Entwicklung der Zivilisation beruht. Ihre allgemeine Annahme würde wahrscheinlich die Stagnation, wenn nicht den Verfall der Zivilisation bedeuten. Fortschritt besteht darin, daß die Wenigen die Vielen überzeugen ... immer lernt die Mehrheit von einer Minderheit, die etwas anders macht, als die Mehrheit ihr vorschreiben würde, es schließlich besser zu machen“.

Hayek selbst hat zu einer Theorie vom *politischen* „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ jedoch kaum etwas über diese Postulate Hinausreichendes geäußert. Seine Arbeiten zur demokratischen Methode zeugen auch in erster Linie vom Bemühen, vor einer Überschätzung der Demokratie als *Rechtfertigungsinstrument* staatlichen Handelns zu warnen.¹² Doch läßt sich anhand der generellen Struktur sozialer Entdeckungsverfahren noch einiges über Inhalte und Grenzen demokratischer Prozesse der Meinungsbildung erfahren.

4.3 Politischer (Meinungs-) Wettbewerb als Entdeckungsverfahren

Betrachtet man allein Parlamentswahlen, so scheinen die Entdeckungspotentiale politischen Wettbewerbs eher gering. Wahlergebnisse liefern nur Momentaufnahmen von Stimmungen der Wähler gegenüber unverbindlichen, gebündelten Leistungsversprechen und potentiellen Leistungsträgern. Dies ist arm an politisch handlungsleitendem Informationsgehalt – wenn es auch immerhin gelingen kann, zum Wahltermin geänderte Grundüberzeugungen aufzudecken und politisch wirksam werden zu lassen. Weit wichtiger dürfte es dagegen sein, daß Demokratien Rechte und Wahlen Anlässe für Bürger und Politiker bieten, sich an einem *laufenden Prozeß* der Meinungsbildung zu beteiligen. Versteht man Demokratie als Verfahren zur Bildung und Entdeckung politischer *Meinungen*, so entspricht dies sogar unmittelbar Hayeks Wettbewerbsverständnis, denn: „Der Wettbewerb ist im wesentlichen ein Prozeß der Meinungsbildung ... was die Menschen über Möglichkeiten und Gelegenheiten wissen, wissen sie durch ihn“ (Hayek 1946/76: 139f). Analog kann argumentiert werden: Ohne politischen Wettbewerb, d.h. in einem System, in dem das staatliche Gewaltmonopol dauerhaft von einer bestimmten Herrschergruppe (Dynastie, Klasse ...) beansprucht wird, wissen die Menschen weniger über „Möglichkeiten und Gelegenheiten“ in Form andersartiger, neuartiger und potentiell fortschrittlicher Ansichten und sozialer Problemlösungen.

4.4 Ökonomischer und politischer Wettbewerb in Kombination: Systemwettbewerb

Das Zusammenspiel von ökonomischem und politischem Wettbewerb läßt sich anhand der Phänomene Föderalismus oder Globalisierung besonders anschaulich illustrieren. Es handelt sich um Umstände, unter denen die Monopolstellung politischer Leistungserstellung durch (potentielle) Zu- und Abwanderung ökonomischer Ressourcen relativiert wird. Dadurch gera-

¹¹ In exakt dem gleichen Sinn argumentiert auch Bertrand Russell (1917/77: 30, 45): “It is very necessary that there should be diversity and lack of complete systematization. Minorities must be able to live and develop their opinions freely. If this is not secured, the instinct of persecution and conformity will force all men into one mould and make all vital progress impossible” und: “Progress comes through the gradual effect of a minority in converting opinion and altering custom. At one time—not so very long ago—it was considered monstrous wickedness to maintain that old women ought not to be burnt as witches. If those who held this opinion had been forcibly suppressed, we should still be steeped in medieval superstition. For such reasons, it is of the utmost importance that the majority should refrain from imposing its will as regards matters in which uniformity is not absolutely necessary.”

¹² Vgl. Hayek (1978) oder (1979/81).

ten nun auch politische Leistungen bzw. Institutionen zu Gegenständen individueller Wahl durch Akte grenzüberschreitender Transaktionen. Hierin unterscheidet sich Systemwettbewerb vom ökonomischen Wettbewerb in der üblichen Betrachtung: Zwar sind beide Prozesse in eine institutionelle Ordnung eingebettet („choices within rules“) – allein im Fall grenzüberschreitender Transaktionen werden Institutionen aber auch zu Objekten impliziter Wahlhandlungen durch die Bürger („choices of rules“).

Regeln, Politiken, Institutionen sind als soziale Problemlösungsversuche ebenso fehlbar wie wissenschaftliche Hypothesen. Deshalb fordert Albert (1986: 40ff) einen „konsequenten Fallibilismus“, der nicht auf der Ebene wissenschaftlicher, sondern auch politischer Erkenntnis- und Problemlösungsversuche als Methode zur Erzielung von Fortschritten durch systematische Lernprozesse genutzt werden kann und soll. Konkret lautet diese Methode: Wettbewerb im Sinne einer „Konkurrenz zwischen Individuen und Gruppen, die Vorschläge zur Lösung von Problemen anzubieten haben“ (ebd.: 43). Von solcher Konkurrenz wird erwartet, daß sie „rationales Problemlösungsverhalten“ (ebd.: 49) nicht nur ermöglicht, sondern auch hierzu anreizt – wobei sich das Problemlösungsverhalten darin äußert, daß man „*realisierbare* Alternativen miteinander vergleicht und sie komparativ bewertet“. „Systemwettbewerb als Entdeckungsverfahren“ entspricht exakt diesem Vorgehen. Es handelt sich um einen Prozeß, der durch Zu- und Abwanderung mobiler Ressourcen angetrieben wird, dabei implizit die Leistungsfähigkeit sozialer Institutionen einem „Test“ der Wettbewerbsresistenz aussetzt und so politische Reaktionen provoziert, die institutionellen Wandel hervorrufen. Zur Systematisierung dieser Zusammenhänge sei erneut auf die Heuristik der rückgekoppelten Teilprozesse zurückgegriffen.

4.5 Ökonomische Institutionenwahl im Austauschprozeß

Der Austauschprozeß des Systemwettbewerbs wird von Substitutionshandlungen im Form einer Art „institutionellen Arbitrage“ angetrieben. Damit ist gemeint, daß mit „exit“ Unterschiede der erwarteten Alternativkosten ökonomischer Handlungen in verschiedenen Jurisdiktionen ausgenutzt werden, die auch auf Unterschiede in der institutionellen Infrastruktur zurückzuführen sind. In dem Maße, wie institutionelle Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Allokationsentscheidungen relevant werden, bedeutet „exit“ auch eine implizite „Wahl von Regeln“. Diese Wahl beinhaltet aber nun nicht Teilnahme an einer Kollektiventscheidung über die Gestaltung gemeinsamer Regeln. Sie bedeutet eine über Markttransaktionen vermittelte *Auswahl* unter bestehenden Institutionensystemen. Solche Substitutionsprozesse sind sowohl für wissenschaftliche Beobachter, als auch für stimmenheischende Politiker schwer zu interpretieren: Inwieweit grenzüberschreitende Transaktionen tatsächlich durch *institutionell* bedingte Unterschiede und nicht allein durch die bereits von der traditionellen Handelstheorie behandelten Größen (Ressourcenverfügbarkeit, Faktorpreise, Absatzkanäle etc.) motiviert sind, läßt sich kaum mit Sicherheit sagen. Hinzu kommt, daß auch erkennbar institutionell bedingte „Arbitrage-“ Akte sich meist nicht auf einzelne, klar identifizierbare Regeln beziehen, die mit ebenso klar identifizierbaren Regeln anderer Jurisdiktionen konkurrierten. Institutionelle Substitution sendet stark interpretationsbedürftige Signale aus. Die Interpretation wiederum stellt hohe Anforderungen an politische Unternehmer im Parallelprozeß des Systemwettbewerbs.

4.6 Politische Institutionenwahl im Parallelprozeß

Der Parallelprozeß des Systemwettbewerbs kann in erster Linie als das Bestreben von Regierungen verstanden werden, ihre Position im Austauschprozeß mit Hilfe politischer Reformen zu verbessern bzw. zu halten. Zwar ändert sich an den üblichen Anreizen des Regierungshan-

delns zunächst nichts Prinzipielles. Nach wie vor dürfte das Motiv der Wiederwahl im Vordergrund stehen. Die Struktur des politischen Parallelprozesses aber ändert sich in der Dimension des Systemwettbewerbs deutlich: Anders als im reinen Parteienwettbewerb werden Regierungspolitiker nun direkt mit ebenfalls regierenden Anbietern politischer Leistungen konfrontiert. Mit anderen Worten: Politische Leistungen konkurrieren nun nicht nur mit Oppositionsversprechen um die Stimmen der Wechselwähler; sie rivalisieren nun auch mit konkreten Leistungen vergleichbarer Produzenten um die mobilen Ressourcen der „Wechselbürger“. Dies relativiert die Zutrittsbarrieren für politische Konkurrenz und wirkt insgesamt belebend auf politisches Unternehmertum.

Die Rückkopplungsprozesse im Systemwettbewerb unterscheiden sich aber ebenso deutlich von denen unter Marktbedingungen. Unternehmer im ökonomischen Wettbewerb erfahren die Ergebnisse des Austauschprozesses laufend aus Gewinn-Verlust-Rechnungen. Gewinne und Verluste wiederum wirken unmittelbar in Richtung auf eine Bestätigung und Ausbreitung erfolgreicher Problemlösungen bzw. Widerlegung und Verringerung nicht überzeugender Alternativen. Solche direkt wirksamen, einfachen Rückkopplungseffekte fehlen im Systemwettbewerb. Abwanderung entzieht einer Volkswirtschaft zwar wertvolle Ressourcen; eine politische Reaktion hierauf ist aber erst dann zu erwarten, wenn die Regierungsparteien erwarten, Wählerstimmen als die direkt handlungsbestimmenden Ressourcen entzogen zu bekommen. Doch immerhin lassen sich zwischen Abwanderung und Wählerspruch einige plausible Verbindungen herstellen. So bewirkt die Abwanderung wertvoller Ressourcen oft auch eine Schmälerung finanzpolitischer Handlungsspielräume. Dies gilt gerade für die durch Kapitalabwanderung bewirkte Reduzierung der Steuerbasis und Verteuerung der Staatsverschuldung. Damit sinken auch die Möglichkeiten wahlwirksamen Ausgabegebarens der Regierung. Dies wiederum kann ebenso Stimmenverluste nach sich ziehen wie steigende Arbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen als volkswirtschaftliche Folgen der Verknappung und Verteuerung mobiler, komplementärer Faktoren.

Solche Verbindungen zwischen Faktorwanderung und Wählerwanderung dürften durchaus handlungsleitend für das Politikerverhalten sein. Wie im Parallelprozeß unter privaten Unternehmern muß die von Abwanderung ausgelöste Kurskorrektur aber nicht nur in der Imitation solcher Arrangements bestehen, die sich im Austauschprozeß als attraktiver herausgestellt haben. Das wäre im Systemwettbewerb schon deshalb nicht ohne weiteres angezeigt, weil einzelne Institutionen Teile eines gewachsenen Regelsystems mit spezifischen Konsistenzanforderungen und stabilisierenden Traditionen sind. Zudem sind widerstreitende politisch wirksame Interessen oft allzu mächtig. Politisches Unternehmertum dürfte deshalb gerade darin zum Ausdruck kommen, daß neue institutionelle und politische Kombinationen gesucht werden, die zu den besonderen Rechtsstrukturen und Interessen im betreffenden Land passen. Systemwettbewerb ist kein Verfahren des sturen „Siebens“, an dessen Ende nur mehr eine „goldene“ Lösung für alle übrig bleibt. Unterschiedliche und kreative Problemlösungen werden weiter koexistieren, weil es bei den (etwa von Sozial- oder Umwelt-Regulierungen) betroffenen Nutzern bzw. Zahlern in unterschiedlichen Jurisdiktionen unterschiedliche Präferenzen bzw. Belastbarkeiten geben dürfte, die sich wiederum in den politischen Entscheidungsprozessen unterschiedlich niederschlagen können. Damit sind wir schon inmitten des evolutiven Arguments zugunsten des Systemwettbewerbs, nämlich den Chancen, die dieser als Entdeckungsverfahren und politischer Lernprozeß bietet (vgl. Wohlgemuth 1998)

4.7 Systemwettbewerb als Entdeckungsverfahren

Oben wurden Institutionen als fehlbare Hypothesen über die Eignung von Problemlösungen bei der Ordnung menschlichen Zusammenlebens charakterisiert. Der Umstand mangelnden

Wissens über die Qualität von Institutionen sowie die Entwertung dieses Wissens bei sich ändernden Umweltbedingungen oder öffentlichen Meinungen ist entscheidend für eine Würdigung des Systemwettbewerbs. Das Argument, daß Wettbewerb unter den Wissensannahmen, die den meisten Wettbewerbsmodellen zugrunde liegen, letztlich überflüssig wäre, gilt nicht nur für demokratischen (Meinungs-) Wettbewerb, sondern auch für grenzüberschreitenden (System-) Wettbewerb: Wären die Problemlösungsqualitäten von Institutionen und Politiken bekannt bzw. „gegeben“, spräche wenig für Systemwettbewerb. Es wäre sinnlos, auch ineffiziente Versuche so lange konkurrieren zu lassen, bis sie unter Aufwand von (Substitutions- und Informations-) Kosten der Bürger und der Politiker endlich als solche erkannt und eliminiert würden oder aber sich gemäß einem Gresham'schen Gesetz adverser Selektion weiter ausbreiteten. Beide Szenarien finden sich in mechanistischen Modellen des System- bzw. Standortwettbewerbs. Im ersten Szenario geben die Optimisten, im zweiten die Pessimisten vor, das Wettbewerbsergebnis schon zu kennen. In beiden Fällen wird aber der Wettbewerbsprozeß als Entdeckungsverfahren und als ständiger Anreiz für Lernprozesse letztlich funktionslos.

Die „Pessimisten“ (z.B. Sinn 1997) vertreten, etwa für den Wettbewerb zwischen Steuersystemen, Sozial- und Umweltregulierungen die Hypothese eines „race-to-the-bottom“. Ihren Modellen liegt meist die Annahme eines Pareto-optimalen status quo nationalstaatlicher Politik, vollkommen mobiler Abwanderung als Reaktion auf als bekannt und gegeben vorausgesetzte Kostendifferenzen sowie völlig friktionsfreier Anpassung politischer Agenten zugrunde. Die „Optimisten“ (z.B. Siebert 1990) unterscheiden sich hiervon im Kern oft nur durch die Annahme eines nicht Pareto-optimalen status quo. Viele Debatten haben damit letztlich zum Gegenstand, ob als Ausgangsmodell dem wohlwollenden Diktator oder dem wohlfahrtsvernichtenden Leviathan der Vorzug gegeben wird. In beiden Modellvarianten führt Wettbewerb aber meist zur „ex-post-Harmonisierung“ auf einem vorab bekannten Niveau, das einmal als ungünstig und einmal als günstig beurteilt wird. Doch spielt in beiden Fällen weder der Wissensmangel von Politikern noch die variable Präferenzvielfalt der Bürger eine systematische Rolle.

Systemwettbewerb erweist sich aber gerade dann als sinnvolles und Fortschritts-förderndes Verfahren, wenn anerkannt wird, daß etwa Politiker irren können, da sie nicht vorab wissen, welches heute und in Zukunft die entscheidenden Probleme und die geeigneten Problemlösungen sind. Zudem ist zu berücksichtigen, daß Bürger über unterschiedliche, veränderliche und, wie gesehen, mit Hilfe ihres Stimmrechts nur sehr grob kommunizierbare Meinungen verfügen. Dies gilt auch hinsichtlich der Institutionen, die als mehr oder als weniger angemessen empfunden werden. Die politische Berücksichtigung dieses „mehr oder weniger“ dürfte nun um so eher gelingen, je besser die Vergleichsgrundlage ist – was wiederum davon abhängt, daß alternative Problemlösungsversuche beobachtbar und von den Bürgern auch nutzbar und somit „erfahrbar“ sind. Systemwettbewerb impliziert die Existenz (oder zumindest stets präsenste Möglichkeit der Hervorbringung) institutioneller Vielfalt. Nur dies erlaubt die soziale Nutzbarmachung einer „komparativen Institutionenanalyse“ - des Vergleichs gleichzeitig realisierter Problemlösungsversuche.

Auch die Leistungsmerkmale des Systemwettbewerbs selbst lassen sich am besten komparativ erkennen. Auch hier sollten, gemäß Hayeks (1946/76: 132) Leitidee, als Vergleichsgrundlage nicht unerreichbare Idealmodelle herangezogen werden, sondern die Folgen, die entstünden, wenn Wettbewerb ausgeschaltet würde. Als reale Alternativen zum Systemwettbewerb kommen zwei Ausweichstrategien in Frage: (1) einseitig wettbewerbsbeschränkende Maßnahmen durch Mitgliedstaaten (z.B. in der EU) oder Gliedstaaten (z.B. in der Bundesrepublik) und (2) „europäische“ oder „bundesweite“ Lösungen in Form von Zentralisierung

oder Harmonisierung. Im ersten Fall wird Zu- bzw. Abwanderung im Austauschprozeß durch einseitigen Aufbau von entry- bzw. exit-Barrieren behindert. Im zweiten Fall werden Substitutionsmöglichkeiten der Bürger durch den politisch verabredeten Verzicht auf die Variation von Handlungsparametern im Parallelprozeß reduziert. Im Hinblick auf die Behinderung potentieller Entdeckungs- und Lernprozesse sind beide Fälle ähnlich negativ zu beurteilen: Harmonisierung und Zentralisierung unterbinden Lernprozesse durch Beschränkung der Möglichkeiten der Hervorbringung von Variationen; Wanderungsbeschränkungen unterbinden Lernprozesse durch Aufbau künstlicher Selektionshemmnisse. Im Inneren einer geschlossenen Volkswirtschaft ebenso wie im Inneren eines harmonisierten Integrationsgebildes sind Lernprozesse im wesentlichen auf konsekutives Lernen anhand einer Abfolge von Versuch und Irrtum verwiesen. Erst Systemwettbewerb erlaubt dagegen parallele Experimente und damit das Lernen durch Vergleich der Problemlösungsqualitäten einer gleichzeitig erprobten und nutzbaren Vielfalt institutioneller Problemlösungsversuche (Vanberg 1993: 18f).

Systemwettbewerb dient so der laufenden Aufdeckung und Kommunikation von Bürgerpräferenzen in einem Austauschprozeß, der durch gleichzeitiges Erproben realisierter Politiken gekennzeichnet ist. Gleichzeitig bleiben dezentrale Innovationspotentiale im Parallelprozeß des Systemwettbewerbs erhalten. Das marktprozeßtheoretische Argument, das Hayek (1946/76: 137) gegen die Annahme homogener Güter als Bedingung „vollkommener Konkurrenz“ anführt, hat auch in Bezug auf politische Güter bzw. Institutionen seine Berechtigung: „weil sich die Art unserer Bedürfnisse und unserer Kenntnisse ständig ändert und weil die menschliche Fertigkeit und Fähigkeit so unendlich vielfältig ist ... kann ein Zustand, der es erforderte, daß eine große Anzahl von Produkten und Dienstleistungen unter einander dieselben sind, nicht der ideale sein“.

Angesichts einer sich laufend ändernden Vielfalt von Präferenzen und Problemlagen erweist sich Systemwettbewerb schließlich auch als risikoärmeres Verfahren der Fehlerkorrektur. Ungeeignete „harmonisierte“ bzw. mit exit-Barrieren versehene Gesamtlösungen sind zunächst, mangels beobachtbarer und wählbarer Alternativen, schwerer identifizierbar als ungeeignete Problemlösungsversuche in paralleler Konkurrenz. Doch selbst erkannte Fehler harmonisierter Lösungen sind wegen des anspruchsvollen Einigungsprozesses (etwa im EU-Ministerrat oder zwischen deutschem Bundestag und Bundesrat) in Form komplexer Stimmentausch-Arrangements nur mehr schwer revidierbar und können in Folge verfestigter status quo Orientierungen das gesamte „harmonisierte“ Gebiet in verlängerte institutionelle Sklerose versetzen. Deshalb verbessert die Konkurrenz vielfältiger institutioneller „Hypothesen“ sowohl die Wissensgrundlage als auch die Anreize für politische Reaktionen auf offenbarte Mängel. Den Vorteil der Risikominderung zeigt folgende einfache Überlegung: Bei dezentralem Experimentieren mit vielen verschiedenen institutionellen Hypothesen „stellt die Widerlegung einer einzelnen solchen Hypothese kein übertriebenes Unglück dar. Fußt ein Gesellschaftssystem hingegen auf einer einzigen, in sich geschlossenen allumfassenden Theorie, so bedeutet deren Falsifizierung eine gesellschaftliche Katastrophe“ (Lingens 1985: 124). Als dramatische Beispiele für den zweiten Fall dürften die holistischen Sozialexperimente kommunistischer Systeme (etwa der „große Sprung nach vorn“ auf Geheiß Maos, der weit über 30 Millionen Menschen das Leben gekostet haben dürfte; s. Becker 1998) hinreichendes Anschauungsmaterial bieten.

5. Schluß

Demokratie und Marktwirtschaft garantieren keinen „Fortschritt“, der sich als Zweck der Geschichte ergäbe und notwendig einem gegebenen Endziel gesellschaftlicher Entwicklung entgegenstrebt. Demokratie, Marktwirtschaft und offene Gesellschaft bieten aber weitaus bessere Aussichten als alternative realisierbare soziale Ordnungen, einen Fortschritt zu fördern, der sich als stets vorläufiges Ergebnis einer Bewährung fallibler Problemlösungsversuche in einem Wettbewerb basierend auf Variation und Selektion ergeben kann. Das Selektionskriterium der freiwilligen Wahl von Innovationen im Wettbewerb mag vielen zu einseitig prozedural und zu wenig ambitioniert erscheinen. Es dürfte aber operationaler, universaler und konsensfähiger sein als materielle, teleologische Definitionen fortschrittlicher Ziele, die einer Gesellschaft insgesamt konstruktivistisch vorgesetzt würden.

Regierungen sollten es sich deshalb lieber versagen, als „Lenker“ oder „Motor“ gesellschaftlichen Fortschritts wirken zu wollen. Es genügt, wenn sie institutionelle Leitplanken sichern, wie schon Benjamin Constant (1815) meinte:

« Le gouvernement est stationnaire, l'espèce humaine est progressive. Il faut que la puissance du gouvernement contrarie le moins qu'il est possible la marche de l'espèce humaine. Ce principe, appliqué aux institutions, doit les rendre courtes et pour ainsi dire négatives. Elles doivent suivre les idées pour poser derrière les peuples des barrières qui les empêchent de reculer, mais elles ne doivent point en poser devant eux qui les empêchent d'aller en avant. »

Literatur

Adamovich, Ivan Baron / Michael Wohlgemuth (1999): ‚Exit‘ und ‚voice‘ im Systemwettbewerb: Das Zusammenwirken von Föderalismus und direkter Demokratie in der Schweiz, in: Manfred E. Streit und Michael Wohlgemuth (Hrsg.): *Systemwettbewerb als Herausforderung an Politik und Theorie*, Baden-Baden: Nomos, 123-150.

Albert, Hans (1986): *Freiheit und Ordnung. Zwei Abhandlungen zum Problem einer offenen Gesellschaft*, Tübingen: Mohr Siebeck.

Arrow, Kenneth J. (1951): *Social Choice and Individual Values*, New York: Wiley & Sons.

Baumann, Bernd (1993): *Offene Gesellschaft, Marktprozeß und Staatsaufgaben*, Baden-Baden: Nomos.

Becker, Jasper (1998): *Hungry Ghosts. Mao's Secret Famine*, New York: Henry Holt.

Buchanan, James M. (1954): Social Choice, Democracy, and Free Markets, *Journal of Political Economy*, 62, 114-123.

Buchanan, James M. / Viktor Vanberg (1991): The Market as a Creative Process, *Economics and Philosophy*, 7, 167-186.

Constant, Benjamin (1815) : *Réflexions sur les constitutions, la distribution et les garanties dans une monarchie constitutionnelle*, Paris: Le Normant et Nicolle.

Forsthoff, Ernst (1971): *Der Staat der Industriegesellschaft - Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland*, München. C.H. Beck.

Hayek, Friedrich A. v. (1940/76): Sozialistische Wirtschaftsrechnung III: Die Wiedereinführung des Wettbewerbs, in: ders., *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2., erweiterte Auflage, Salzburg 1976: W. Neugebauer, 233-267.

Hayek, Friedrich A. v. (1946/76): Der Sinn des Wettbewerbs, in: ders., *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2., erweiterte Auflage, Salzburg 1976: W. Neugebauer, 122-140.

Hayek, Friedrich A. v. (1960/83) *Die Verfassung der Freiheit*, 2. durchges. Auflage, Tübingen 1983: Mohr Siebeck.

Hayek, Friedrich A. v. (1967/69): Rechtsordnung und Handelsordnung, in: ders., *Freiburger Studien - Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1969: J.C.B. Mohr, 161-198.

Hayek, Friedrich A. v. (1968/69): Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: ders., *Freiburger Studien - Gesammelte Aufsätze*, Tübingen 1969: Mohr Siebeck, 249-265.

Hayek, Friedrich A. (1978): Liberalism, in: ders., *New Studies in Philosophy, Politics, Economics and the History of Ideas*, London: Routledge, 119-151.

Hayek, Friedrich A. (1979/81): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd.3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, Landsberg am Lech 1981: Moderne Industrie.

Hoppmann, Erich (1967): Wettbewerb als Norm der Wettbewerbspolitik, *ORDO*, 18, 77-94.

Kerber, Wolfgang (1997): Wettbewerb als Hypothesentest: Eine evolutorische Konzeption wissenschaftlichen Wettbewerbs, in: Karl von Delhaes und Ulrich Fehl (Hrsg.), *Dimensionen des Wettbewerbs*, Stuttgart: Lucius & Lucius, 31-78.

Kirzner, Israel M. (1973): *Competition and Entrepreneurship*, Chicago: The University of Chicago Press.

Lingens, Peter M. (1985): Diskussionsbeitrag, in: Franz Kreuzer (Hrsg.), *Kurt Lorenz und Karl R. Popper: Die Zukunft ist offen - Das Altenburger Gespräch*, München und Zürich: Piper.

Loasby, Brian J. (1976): *Choice, complexity, and ignorance. An enquiry into economic theory and the practice of decision-making*, Cambridge: Cambridge University Press.

Lowell, A. Lawrence (1913): *Public Opinion and Popular Government*, New York: Longmans, Green, and Co.

Nelson, Richard R. (1996): *The Sources of Economic Growth*, Cambridge und London: Harvard University Press

Nelson, Richard R. / Sidney G. Winter (1982): *An Evolutionary Theory of Economic Change*, Cambridge und London: Belknap Press of Harvard University Press.

- Röpke, Jochen (1977): *Die Strategie der Innovation*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Russell, Bertrand (1917/77): *Political Ideals*. London: Allen & Unwin.
- Schumpeter, Joseph A. (1911/93): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Nachdruck der 1934 erschienenen vierten Auflage, Berlin 1993: Duncker & Humblot.
- Schumpeter, Joseph A. (1942/50): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 2., erw. deutsche Auflage, Bern 1950: Francke.
- Siebert, Horst (1990): The Harmonization Issue in Europe: Prior Agreement or a Competitive Process?, in: ders. (Hrsg.), *The Completion of the Internal Market*, Tübingen: Mohr Siebeck, 53-75.
- Sinn, Hans-Werner (1997): The Selection Principle and Market Failure in Systems Competition, *Journal of Public Economics*, 66(2), 247-274.
- Vanberg, Viktor (1975): *Die zwei Soziologien*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Vanberg, Viktor (1992): Innovation, Cultural Evolution, and Economic Growth, in: Ulrich Witt (Hrsg.), *Explaining Process and Change - Approaches to Evolutionary Economics*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 105-121.
- Vanberg, Viktor (1993): Constitutionally Constrained and Safeguarded Competition in Markets and Politics with Reference to a European Constitution, *Journal des Economistes et des Etudes Humaines*, 4, 3-27.
- Vanberg, Viktor / James M. Buchanan (1989): Interests and Theories in Constitutional Choice, *Journal of Theoretical Politics*, 1, 49-63.
- Weber, Max (1921/72): *Wirtschaft und Gesellschaft - Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5., revidierte Auflage (Studienausgabe), Tübingen 1972: Mohr Siebeck.
- Wohlgemuth, Michael (1998): Institutioneller Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Zur Rolle von Abwanderung und Widerspruch im Europäischen Binnenmarkt, in: Thomas König, Elmar Rieger und Hermann Schmitt (Hrsg.), *Europa der Bürger? Voraussetzungen, Alternativen, Konsequenzen* (Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Bd.3), Frankfurt a.M. and New York 1998: Campus, 64-88.
- Wohlgemuth, Michael (1999): Entry Barriers in Politics, or: Why Politics, Like Natural Monopoly, Is Not Organised as an Ongoing Market Process, *Review of Austrian Economics*, Vol.12, 1999, 175-200.
- Wohlgemuth, Michael (2000): Political Entrepreneurship and Bidding for Political Monopoly, *Journal of Evolutionary Economics*, Vol.10, 2000, 273-296.
- Wohlgemuth, Michael (2002): Evolutionary Approaches to Politics, *KYKLOS*, Vol. 55 (2), 2002, 223-246.

Wohlgemuth, Michael (2003): Democracy as an Evolutionary Method, in: Pavel Pelikan und Gerhard Wegner (eds.), *The Evolutionary Analysis of Economic Policy*, Cheltenham (UK) 2003: Edward Elgar, 96-127.

Wohlgemuth, Michael (2005a): “Schumpeterian political economy and Downsian public choice: alternative economic theories of democracy”, in: Alain Marciano und Jean-Michel Josselin (Hrsg.): *Law and the State. A Political Economy Approach*, Cheltenham (UK) 2005: Edward Elgar, 21-57.

Wohlgemuth, Michael (2005b): The Communicative Character of Capitalistic Competition. A Hayekian Response to the Habermasian Challenge, *The Independent Review*, Vol. X (1), 83-115.

Freiburger **Diskussionspapiere** zur Ordnungsökonomik

Freiburg **Discussion Papers** on Constitutional Economics

- 98/1** **Vanberg, Viktor J.:** Markets and Regulation – On the Contrast Between Free-Market Liberalism and Constitutional Liberalism. Published in: Constitutional Political Economy Vol. 10 No. 3, October 1999, p. 219-243.
- 98/2** **Pejovich, Svetozar:** Toward a Theory of the Effects of the Interaction of Formal and Informal Institutions on Social Stability and Economic Development.
- 99/1** **Vanberg, Viktor J.:** Standortwettbewerb und Demokratie. Veröffentlicht in: S. Frick, R. Penz, J. Weiß (Hrsg.): Der freundliche Staat. Kooperative Politik im institutionellen Wettbewerb, Marburg: Metropolis 2001, S. 15-75.
- 99/1A** **Vanberg, Viktor J.:** Globalization, Democracy and Citizens' Sovereignty: Can Competition Among Governments Enhance Democracy? Published in: Constitutional Political Economy, Vol. 11, No. 1, March 2000, p. 87-112.
- 99/2** **Vanberg, Viktor J.:** Ordnungsökonomik und Ethik. Zur Interessenbegründung von Moral. Veröffentlicht in: B. Külp, V. J. Vanberg (Hrsg.): Freiheit und wettbewerbliche Ordnung, Haufe Verlagsgruppe: Freiburg, Berlin, München, 2000, S. 579-605.
- 99/2A** **Vanberg, Viktor J.:** Constitutional Economics and Ethics – On the Relation Between Self-Interest and Morality. Published in: G. Brennan, H. Kliemt, R. D. Tollison (eds.): Methods and Morals in Constitutional Economics – Essays in Honor of James M. Buchanan, Berlin, Heidelberg: Springer 2002, p. 485-503.
- 99/3** **Cassel, Susanne:** Die Rolle von Think Tanks im US-amerikanischen Politikberatungsprozess. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 51, 2000, S. 203-230.
- 00/1** **Sideras, Jörn:** Systems Competition and Public Goods Provision. Veröffentlicht in: Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Band 19, Tübingen: Mohr Siebeck, 2000, S. 157-178.
- 00/2** **Vanberg, Viktor J.:** Markets and the Law. Published in: N. J. Smelser, P. B. Baltes (eds.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 14, Amsterdam et al.: Elsevier 2001, p. 9221-9227.
- 00/3** **Vanberg, Viktor J.:** F.A. von Hayek. Published in: N. J. Smelser, P. B. Baltes (eds.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences, Vol. 10, Amsterdam et al.: Elsevier 2001, p. 6482-6486.
- 00/4** **Vanberg, Viktor J.:** Der konsensorientierte Ansatz der konstitutionellen Ökonomik. Veröffentlicht in: H. Leipold, I. Pies (Hrsg.): Ordnungstheorie und Ordnungspolitik - Konzeptionen und Entwicklungsperspektiven, Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 64, Stuttgart, 2000, S. 251-276.
- 00/5** **Vanberg, Viktor J.:** Functional Federalism: Communal or Individual Rights? On B. S. Frey's and R. Eichenberger's Proposal for a "New Federalism". Published in: KYKLOS, Vol. 53, 2000, p. 363-386.
- 00/6** **Zoll, Ingrid:** Zwischen öffentlicher Meinung und ökonomischer Vernunft: Individuelle Meinungen über Globalisierung und Wettbewerb. Veröffentlicht in: W. Ötsch, S. Panther (Hrsg.): Ökonomik und Sozialwissenschaft. Ansichten eines in Bewegung geratenen Verhältnisses, Marburg: Metropolis 2002, S. 179-210.
- 01/1** **Sideras, Jörn:** Konstitutionelle Äquivalenz und Ordnungswahl. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 52, 2001, S. 103-129.
- 01/2** **Märkt, Jörg:** Knut Wicksell: Begründer einer kritischen Vertragstheorie? Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 52, 2001, S. 189-214.
- 01/3** **Stamm, Hansueli:** Institutioneller Rahmen des Electronic Commerce: Eine ordnungsökonomische Analyse am Beispiel der digitalen Signatur.

- 01/3A Stamm, Hansueli:** Institutional Framework of Electronic Commerce: A Constitutional Economic Analysis of the Problems With Digital Signatures.
- 01/4 Vanberg, Viktor J.:** Evolutorische Ökonomik: Homo Oeconomicus, Markt und Institutionen. Veröffentlicht in: A. Diekmann, R. Moser (Hrsg.): Evolution in den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Bern, Stuttgart, Wien: Haupt 2003, S. 117-137.
- 01/5 Vanberg, Viktor J.:** Rational Choice vs. Program-based Behavior: Alternative Theoretical Approaches and their Relevance for the Study of Institutions. Published in: Rationality & Society, Vol. 14, 2002, p. 7-53.
- 01/6 Vanberg, Viktor J.:** Citizens' Sovereignty and Constitutional Commitments: Original vs. Continuing Agreement. Published in: A. Breton, G. Galeotti, P. Salmon, R. Weintrobe (eds.): Rational Foundations of Democratic Politics, Cambridge: Cambridge University Press 2003, p. 198-221.
- 02/1 Vanberg, Viktor J.:** F. A. Hayek und die Freiburger Schule. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 54, 2003, S. 3-20.
- 02/2 Pelikan, Pavel:** Why Economic Policies Need Comprehensive Evolutionary Analysis. Published in: P. Pelikan, G. Wegner (eds.): The Evolutionary Analysis of Economic Policy, Cheltenham, Northampton: Elgar 2003, p. 15-45.
- 02/3 Märkt, Jörg:** Armutsexternalitäten: Verfassungsökonomische Rechtfertigung einer kollektiven Grundsicherung. Veröffentlicht in: Analyse & Kritik 25, 2003, S. 80-100.
- 02/4 Märkt, Jörg:** Zur Methodik der Verfassungsökonomik. Die Aufgabe eines vertrags-theoretisch argumentierenden Ökonomen.
- 02/5 Vanberg, Viktor J.:** Rationalitätsprinzip und Rationalitätshypothesen: Zum methodo-logischen Status der Theorie rationalen Handelns. Veröffentlicht in: H. Siegenthaler (Hrsg.): Rationalität im Prozess kultureller Evolution. Rationalitätsunterstellungen als eine Bedingung der Möglichkeit substantieller Rationalität des Handelns, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 33-63.
- 02/6 Schnellenbach, Jan:** The Evolution of a Fiscal Constitution When Individuals are Theoretically Uncertain. Published in: European Journal of Law & Economics, Vol. 17, 2004, p. 97-115.
- 02/7 Wohlgemuth, Michael:** Schumpeterian Political Economy and Downsian Public Choice: Alternative economic theories of democracy. Published in: A. Marciano, J.-M. Josselin (eds.): Law and the State. A Political Economy Approach, Cheltenham: Edward Elgar 2005, p. 21-57.
- 02/8 Fischer, Christian:** Europäisierung der nationalen Zivilrechte – Renaissance des institutionellen Rechtsdenkens?
- 03/1 Vanberg, Viktor J.:** Die Verfassung der Freiheit: Zum Verhältnis von Liberalismus und Demokratie. Veröffentlicht in: N. Berthold, E. Gundel (Hrsg.): Theorie der sozialen Ordnungspolitik, Stuttgart: Lucius & Lucius 2003, S. 35-51.
- 03/2 Goldschmidt, Nils / Berndt, Arnold:** Leonhard Miksch (1901–1950) – A Forgotten Member of the Freiburg School. Published in: American Journal of Economics and Sociology, Vol. 64, 2005, p. 973-998.
- 03/3 Vanberg, Viktor J.:** The Rationality Postulate in Economics: Its Ambiguity, its Deficiency and its Evolutionary Alternative. Published in: Journal of Economic Methodology, Vol. 11, 2004, p. 1-29.
- 03/4 Nau, Heino Heinrich:** Reziprozität, Eliminierung oder Fixierung? Kulturkonzepte in den Wirtschaftswissenschaften im Wandel. Veröffentlicht in: G. Blümle u.a. (Hrsg.): Perspektiven einer kulturellen Ökonomik, Münster: Lit-Verlag 2004, S. 249-269.
- 03/5 Pelikan, Pavel:** Bringing Institutions into Evolutionary Economics: Another View with Links to Changes in Physical and Social Technologies. Published in: Journal of Evolutionary Economics, Vol. 13, 2003, p. 237-258.
- 03/6 Vanberg, Viktor J.:** Bürgersouveränität und wettbewerblicher Föderalismus: Das Beispiel der EU. Veröffentlicht in: W. Schäfer (Hrsg.): Zukunftsprobleme der europäischen Verfassung, Berlin: Duncker & Humblot 2004, S. 51-86.
- 03/7 Vanberg, Viktor J.:** The Status Quo in Contractarian Constitutional Perspective. Published in: Constitutional Political Economy, Vol. 15, 2004, p. 153-170.

- 03/8** **Dathe, Uwe / Goldschmidt, Nils:** Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 54, 2003, S. 49-74.
- 03/9** **Buchanan, James M:** Same Players, Different Game: How Better Rules Make Better Politics. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 25-35.
- 03/10** **Goldschmidt, Nils:** Zur Theorie der Sozialpolitik. Implikationen aus ordnungsökonomischer Perspektive. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt, M. Wohlgemuth (Hrsg.): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen, Tübingen: Mohr Siebeck 2004, S. 63-95.
- 04/1** **Wohlgemuth, Michael:** The Communicative Character of Capitalistic Competition. A Hayekian response to the Habermasian challenge. Published in: The Independent Review, Vol. 10 (1), 2005, p. 83-115.
- 04/2** **Vaubel, Roland:** Reformen der europäischen Politikverflechtung. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 118-134.
- 04/3** **Vanberg, Viktor J.:** Austrian Economics, Evolutionary Psychology and Methodological Dualism: Subjectivism Reconsidered. Published in: R. Koppl (ed.): Evolutionary Psychology and Economic Theory (Advances in Austrian Economics, Vol. 7), Amsterdam et al.: Elsevier 2004, p. 155-199.
- 04/4** **Commun, Patricia:** Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus: Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten.
- 04/5** **Frey, Bruno S.:** Direct Democracy for a Living Constitution. In deutscher Übersetzung veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 26-86.
- 04/6** **Vanberg, Viktor J.:** Sozialstaatsreform und ‚soziale Gerechtigkeit‘. Veröffentlicht in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 45, 2004, S. 173-180.
- 04/7** **Wohlgemuth, Michael / Sideras, Jörn:** Globalisability of Universalisability? How to apply the Generality Principle and Constitutionalism internationally.
- 04/8** **Albert, Hans:** Wirtschaft, Politik und Freiheit. Das Freiburger Erbe. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.), Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 405-419.
- 04/9** **Goldschmidt, Nils / Klinckowstroem, Wendula Gräfin v.:** Elisabeth Liefmann-Keil. Eine frühe Ordoliberale in dunkler Zeit. Veröffentlicht in: N. Goldschmidt (Hrsg.): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen: Mohr Siebeck 2005, S. 177-204.
- 04/10** **Vanberg, Viktor J.:** Market and State: The Perspective of Constitutional Political Economy. Published in: Journal of Institutional Economics, Vol. 1 (1), 2005, p. 23-49.
- 04/11** **Vanberg, Viktor J.:** The Freiburg School: Walter Eucken and Ordoliberalism.
- 04/12** **Goldschmidt, Nils:** Alfred Müller-Armack and Ludwig Erhard: Social Market Liberalism.
- 04/13** **Arnim, Hans Herbert von:** Reformen des deutschen Parteiensystems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 87-117.
- 04/14** **Blankart, Charles B.:** Reform des föderalen Systems. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 135-158.
- 04/15** **Zintl, Reinhard:** Zur Reform des Verbändestaates. Veröffentlicht in: M. Wohlgemuth (Hrsg.): Spielregeln für eine bessere Politik. Reformblockaden überwinden – Leistungswettbewerb fördern, Freiburg, Basel, Wien 2005, S. 183-201.

- 05/1 Eith, Ulrich / Goldschmidt, Nils:** Zwischen Zustimmungsfähigkeit und tatsächlicher Zustimmung: Kriterien für Reformpolitik aus ordnungsökonomischer und politikwissenschaftlicher Perspektive. Veröffentlicht in: D. Haubner, E. Mezger, H. Schwengel (Hrsg.): Agendasetting und Reformpolitik. Strategische Kommunikation zwischen verschiedenen Welten, Marburg: Metropolis 2005, S. 51-70.
- 05/2 Vanberg, Viktor J.:** Auch Staaten tut Wettbewerb gut: Eine Replik auf Paul Kirchhof. Veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 47-53.
- 05/3 Zweynert, Joachim / Goldschmidt, Nils:** The Two Transitions in Central and Eastern Europe and the Relation between Path Dependent and Politically Implemented Institutional Change.
- 05/4 Weizsäcker, C. Christian von:** Hayek und Keynes: Eine Synthese. In veränderter Fassung veröffentlicht in: ORDO, Bd. 56, 2005, S. 95-111.
- 05/5 Vanberg, Viktor J.:** Das Paradoxon der Marktwirtschaft: Die Verfassung des Marktes und das Problem der „sozialen Sicherheit“. Veröffentlicht in: H. Leipold, D. Wentzel (Hrsg.): Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung, Stuttgart: Lucius & Lucius 2005, S. 51-67.
- 05/6 Körner, Heiko:** Walter Eucken – Karl Schiller: Unterschiedliche Wege zur Ordnungspolitik.
- 05/7 Borella, Sara:** Political reform from a constitutional economics perspective: a hurdle-race. The case of migration politics in Germany.
- 05/8 Müller, Klaus-Peter / Weber, Manfred:** Versagt die soziale Marktwirtschaft? – Deutsche Irrtümer.
- 05/9 Wohlgemuth, Michael:** Politik und Emotionen: Emotionale Politikgrundlagen und Politiken indirekter Emotionssteuerung. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit, S. 359-392.
- 05/10 Goldschmidt, Nils:** Ist Gier gut? Ökonomisches Selbstinteresse zwischen Maßlosigkeit und Bescheidenheit. Veröffentlicht in: U. Mummert, F.L. Sell (Hrsg.): Emotionen, Markt und Moral, Münster: Lit, S. 289-313.
- 05/11 Vanberg, Viktor J.:** Marktwirtschaft und Gerechtigkeit. Zu F.A. Hayeks Kritik am Konzept der „sozialen Gerechtigkeit“.
- 05/12 Vanberg, Viktor J.:** Der Markt als kreativer Prozess: Die Ökonomik ist keine zweite Physik.
- 05/13 Kersting, Wolfgang:** Der liberale Liberalismus. Notwendige Abgrenzungen.
- 06/1 Wohlgemuth, Michael:** Demokratie und Marktwirtschaft als Bedingungen für sozialen Fortschritt.